Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Nr. 26/80
26.11.1980

Preis: öS 8,-

Sieg der Niklasdorfer Arbeiter

Drei Jahre Weiterführung des Leykam-Werkes haben die Niklasdorfer mit ihrer zwölfstündigen Straßenblockade den Kapitalisten und der Bundesregierung abgerungen. Die Kapitalisten wollten das Werk bekanntlich gleich zusperren. Nach den durch die Kampfaktionen der Niklasdorfer erzwungenen Verhandlungen erklärte Kreisky:"Die Bundesregierung ist bereit, für die (auf drei Jahre begrenzte) Weiterführung der Papierfabrik ein Drittel der Verluste zu decken". Ein weiteres Drittel solle die steirische Landesregierung übernehmen und ein Drittel "wird wohl der Eigentümer übernehmen müssen"(Kreisky). Über die Aufrechterhaltung der Zelluloseproduktion (über 100 der 620 Beschäftigten) werde man "das in Auftrag gegebene Gutachten abwarten müssen", so Kreisky.

Noch eine knappe Woche vorher hatte alles ganz anders ausgeschaut: Für den Aufsichtsrat der CA, dem mächtigsten Kapitalsimperium Österreichs, stand die Schließung des Werkes fest, Androsch hatte dazu bereits seinen Sanktus gegeben, Kreisky schrieb selbst noch in seinem Fernschreiben während der Blockade, daß er zu "Verhandlungen über Ersatzarbeitsplätze" bereit sei, also nicht über eine Weiterführung des Werkes. Und sogar für die beiden Betriebsratsobmänner war die Schließung angeblich "unabwendbar".

Was alle Pläne der Kapitalisten und ihrer Erfüllungsgehilfen in der Regierung über den Haufen warf, war nichts anderes als die antschlossene Straßenblockade der Niklasdorfer. Androsch und Kreisky wird wohl etwas mulmig geworden sein, als ihnen zu Ohren kam, daß ganz sicher wieder die Hölle los sein wird in Niklasdorf, wenn Belegschaft und Bevölkerung ein weiteres Mal mit leeren Versprechungen abgespeist würden. Die Verhandlungen im Bundeskanzleramt selber waren nur mehr der Tupfen auf dem i.

Die Niklasdorfer Bevölkerung hat einen Sieg errungen gegen die Sanierungspläne des staatlichen Finanzkapitals.

Sie haben den richtigen Weg eingeschlagen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat und damit der ganzen österreichischen Arbeiterklasse gezeigt, daß der Weg des Kampfes die einzige Perspektive ist gegen die Angriffe des Finanzkapitals.

Reportage Seite 4/5

Post nimmt Verkehr mit vietnamesischen Marionetten auf

Eine kleine, aber umso empörendere Notiz in der "Wiener Zeitung" besagt, daß die Österreichische Post ihre "Verbindungen mit Kambodscha wieder-aufgenommen" hat.

Seit wann waren sie unterbrochen? Seit 1975, also seitdem das kampucheanische Volk die amerikanischen Aggressoren aus dem Land gejagt hat. Mit dem Demokratischen Kampuchea waren also niemals Postverbindungen aufgenommen worden.

"Die Postämter nehmen auch wieder für Kambodscha(Kampuchea), vormals Khmer, bestimmte Postsendungen an", heißt es in der Notiz weiter. Dieser Weg kann nur über Phnom Penh bzw. Kompong Som führen und damit in die Hände der vietnamesischen Besatzerbehörden und ihrer Marionetten. Die Aufnahme der Postverbindung bedeutet heute eine Anerkennung der Heng Samrin Clique. Das kann bei einem staatlichen Unternehmen wie der Post nicht ohne Billigung durch die Regierung geschehen sein.

Rücknahme dieser empörenden Maßnahme durch Regierungsbescheid! Anerkennung des Demokratischen Kampuche durch die Bundesregierung!

Noch eine Viertelmillion für Kampuchea!

Die erste Etappe der Spendensammlung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea, zu der das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs aufgerufen hatte, wurde im Sommer dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen. 282000 Schilling konnten der Vertretung des Demokratischen Kampuchea in Paris übergeben werden. Das Geld wurde bereits weitergeleitet und ausschließlich für die Bekämpfung der Malaria verwendet.

Nun hat das ZK dazu aufgerufen, in einer zweiten Etappe der Sammlung bis zum Jänner 1981 noch eine Viertelmillion zu sammeln.

Das kampucheanische Volk, das Anfang 1979 Opfer einer vietnamesisch-sowjetischen Aggression geworden ist, führt seitdem einen heroischen Volksbefreiungskrieg unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas. Gerade in der heurigen Regenzeitperiode haben die Partisaneneinheiten des Demokratischen Kampuchea wieder große Erfolge errungen. Heute ist mehr als ein Viertel des Landes unter der Kontrolle der legitimen Regierung unter Khieu Samphan, nur ein kleiner Streifen wird vom Feind beherrscht. Der Rest ist umkämpftes Gebiet.

Jetzt hat auch die UN-Vollversammlung den Sitz des Demokratischen Kampuchea in der UNO bestätigt, ein wichtiger Erfolg gegen die Versuche des Sozialimperialismus, dem Befreiungskampf Kampucheas einen doplomatischen Schlag zu versetzen.

Das Demokratische Kampuchea steht heute an vordester Front im Kampf gegen den Kriegstreiber von heute, die Sowjetunion, die nach der Weltherrschaft greift. Der Kampf Kampucheas ist ein Hindernis für diese Kriegspläne. Es liegt im Interesse des Kampfs für Unabhängigkeit, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für den Weltfrieden, das kampucheanische Volk zu unterstützen.

Spendet für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea! Übt Druck auf die Bundesregierung aus, das demo - kratische Kampuchea tatsächlich anzuerkennen und zu unterstützen! Verlangt die Verdoppelung der Spendengelder durch die Bundesregierung!

Afghanistan-Resolution: politische Niederlage der UdSSR

Eine militärische Unterwerfung des afghanischen Volkes ist der Sowjetunion und ihren Truppen nicht gelungen. Die Begründung der Invasion als "internationalistische Hilfe" ist schon vollständig abgenützt. Mit der eindeutigen Mehrheit von 111 zu 22 Stimmen bei 12 Enthaltungen hat die UNO-Vollversammlung letzte Woche die Sowjetunion zum Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan aufgefordert. Die Resolution wurde von mehreren blockfreien Staaten unter Führung Pakistans eingebracht. Darin heißt es, die Souveränität, die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit und der Charakter der Blockfreiheit Afghanistans müssen gewahrt werden. Es soll eine politische Lösung gefunden werden, und den Flüchtlingen, von denen sich 1,2 Millionen in Pakistan aufhalten, die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden.

Dies ist eine weitere schwere politische Niederlage der sowjetischen Sozialimperialisten. Sie hatten mit politischen Einbrüchen in Ländern der Dritten Welt gerechnet. In der jetzigen Abstimmung in der UNO kommt der weitere Zusammenschluß der Dritten Welt gegen die konterrevolutionäre und imperialistische Politik der Sowjetunion zum Ausdruck.

Seite 7

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible] Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18, Eigendruck.

Handels-KV: Erst Streikdrohungen, dann Unterwerfung unter die Kapitalisten

In den frühen Morgenstunden des 26.11. wurden die Lohnverhandlungen zwischen den Handelskapitalisten und der Sektion Handel der Privatangestelltengewerkschaft abgeschlossen. Das Ergebnis: Erhöhung der Mindestlöhne um 6,8 Prozent bei gleichbleibenden Überzahlungsbeträgen; Mindestbetrag der Erhöhung: 530 Schilling; eine zusätzliche Gehaltsvorrückungsstufe für das 18. Berufsjahr; weiters noch Einbeziehung der Reisediäten- und Kilometergeldregelungen in den Kollektivvertrag. Das Ergebnis wurde vom Sektionsvorstand einstimmig angenommen. Auch die Wiener Betriebsrätekonferenz nahm das Ergebnis mit den Stimmen aller Fraktionen an. Von der Gewerkschaftsführung wird der Abschluß als außerordentlicher Erfolg gewertet, der nur durch den Abbruch der Verhandlungen und die Streikdrohung erzielt wurde. In Wahrheit aber setzt dieses Ergebnis die Serie unzureichender Abschlüsse im Handel fort und besiegelt den Reallohnabbau für ein weiteres Jahr.

Die Handelsangestellten - rund 200.000 in Österreich - zählen zu den schlechtestbezahlten Angestelltengruppen. In den Lohngruppen 2 und 3, in die 70 Prozent der Handelsangestellten eingestuft sind beträgt der durchschnittliche Mindestlohn 6.323,- bzw. 6.952,- Schilling (der Mindestlohn in jeder Gehaltsgruppe ändert sich nach der Dauer der Berufszugehörigkeit). In vielen kleinen Betrieben wird nicht mehr als der kollektivvertragliche Mindestlohn bezahlt. Die durchschnittliche Überzahlung beträgt nach den Statistiken der Handelskammer in Lohngruppe 2 25 Prozent, in Lohngruppe 3 39 Prozent. Da in der Erhebung die Großbetriebe stärker berücksichtigt sind als die Kleinbetriebe, wo es kaum Überzahlungen gibt, wird der wirkliche Durchschnitt noch niedriger sein.

Die durchschnittlicnen Ist-Löhne betrugen nach der Handelskammerstatistik im Jahr 1980 7.903,- Schilling in Lohngruppe 2 und 9.704,- Schilling in Lohngruppe 3. In Lohngruppe 4, die bereits die leitenden Angestellten umfaßt, betrug der durchschnittliche Mindestlohn 8.564,- und der durchschnittliche Ist-Lohn 12.940,- Schilling.

Wegen der schlechten Abschlüsse 1978 und 1979 (4,2 % und 4,5 % jeweils auf die KV-Mindestlöhne, kein Mindestbetrag), drängten die Handelsangestellten darauf, daß heuer ernstliche Kampfmaßnahmen gesetzt würden und den Kapitalisten nicht nachgegeben würde. Doch ähnlich wie 76 und 77 ließ es die Gewerkschaftsführung bei Streikdrohungen bewenden und ließ es gar nicht erst zum Kampf kommen, obwohl die Aussichten auf einen Erfolg gut gewesen wären:

In einem der größten Wiener Kaufhäuser meinten die Angestellten: "Nocheinmal können wir so einen Abschluß wie das letzte Mal nicht schlucken. Ein Streik wäre ganz gerechtfertigt, denn unsere Löhne kommen mit den Preisen schon lange nicht mehr mit, und die Arbeitsbelastung wird immer größer". Bei Herzmansky in Wien z.B. werden die Pensionsabgänge seit Jahren nicht mehr voll ersetzt, eine Verkäuferin hat dort heute mindestens um die Hälfte mehr, wenn nicht doppelt soviel Arbeit wie noch vor zwei oder drei Jahren. "Wenn wir am Samstag nicht arbeiten, dann kostet sie das mehr, als was sie uns zahlen müssen".

Das Ergebnis bringt niemandem auch nur die Abgeltung der Teuerung - von einer Kompensation für die erhöhte Arbeitsbelastung ganz zu schweigen - doch wirkt es sich für die verschiedenen Gehaltsgruppen sehr unterschiedlich aus, wodurch es leichter wird, die Angestellten darüber hinwegzutäuschen, daß es trotzdem unzureichend ist.

Für die KV-Gehaltsstufen bis 7.800,- Schilling kommt der Mindestbetrag von 530,- Schilling zum Tragen, also für die Masse der Handelsangestellten. Für die untersten Gehaltsstufen bedeutet der Mindestbetrag zwar eine Ist-Lohnerhöhung von 8 bis 9 Prozent, wie der Wiener Gewerkschaftssekretär Freitag dem KLASSENKAMPF gegenüber betonte, doch ändert das nichts daran, daß von den 530,- Schilling höchstens 325,- netto übrigbleiben.

Die Gewerkschaftsführer betonen, daß die Kapitalisten nur durch die Drohung am Einkaufssamstag zu streiken dazu gebracht wurden, überhaupt einem Mindestbetrag zuzustimmen. Das ist sicher richtig. Doch falsch ist es, wenn sie behaupten, daß kein Grund mehr zum Streiken bestanden hätte, sobald die Kapitalisten den Mindestbetrag prinzipiell zugestanden hatten. Waren die ursprünglich geforderten 650,- Schilling schon zuwenig, und erst recht die 590,- Schilling, bei denen die Verhandlungen abgebrochen wurden, so bestand kein Grund, sich nocheinmal auf 530,- herunterhandeln zu lassen.

Für den Durchschnitt der Gehaltsgruppe 2 bedeutet der Mindestbetrag folgendes:

Mindestgehalt bisher:	6.323,-
Überzahlung:	1.580,-
Ist-Gehalt bisher:	7.903,-
Nettogehalt bisher:	6.154,-
Mindestgehalt neu:	6.853,-
Überzahlung (bleibt)	1.580,-
Ist-Gehalt neu:	8.433,-
Erhöhung:	6,7 %
Nettogehalt neu:	6.479,-
Nettoerhöhung:	5.3 %

Für den Durchschnitt von Lohngruppe 3 ergibt sich folgendes Bild:

Mindestgehalt bisher:	6.952,-
Überzahlung:	2.753,-
Ist-Gehalt bisher:	9.704,-
Nettogehalt bisher:	7.259,-
Mindestgehalt neu:	7.482,-
Überzahlung (bleibt)	2.753,-
Ist-Gehalt neu:	10.235,-
Erhöhung:	5,4 %
Nettogehalt neu:	7.582,-
Nettoerhöhung:	4,4 %

Für die Gehaltsstufe 4 kommt die Erhöhung der Mindestlöhne um 6,8 Prozent zum Tragen. Da aber die Istlöhne in dieser Gehaltsgruppe durchschnittlich um 50 Prozent über den Mindestlöhnen liegen, beträgt die Ist-Lohn-Erhöhung hier überhaupt nur mehr 4,5 %, die Netto-Erhöhung macht rund 3 Prozent aus.

Für den größeren Teil der Handelsangestellten liegt die Erhöhung also bereits brutto unter der Inflationsrate. Auch hier ist es den Kapitalisten also gelungen, relativ zur Geldentwertung ihre Lohnkosten zu senken.

Für einen Teil der Handelsangestellten wird der Lohnraub etwas gemildert durch die Einführung der zusätzlichen Vorrückungsstufe für das 18. Berufsjahr. Bisher gab es Vorrückungen nach 3, 5, 7, 9, 10, 12 und 15 Jahren Berufszugehörigkeit, danach keine mehr. Alle, die heuer 18 oder mehr Jahre Berufszugehörigkeit aufzuweisen haben, bekommen jetzt noch 2% dazu. Das sind aber höchstens 15 bis 20 Prozent der Handelsangestellten.

Das System der Gehaltsvorrückungen dient den Kapitalisten dazu, junge Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen einstellen zu können und sie mit der Hoffnung auf eine kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards bei der Stange zu halten. Doch die Hoffnung, daß mit zunehmenden Reproduktionserfordernissen, mit dem Wachstum der Familie und dem Älterwerden der Kinder doch der Reallohn auch steigt, trügt schon lange.

Tatsächlich tragen in den letzten Jahren die Vorrückungen nur mehr dazu bei, die Verluste durch die Teuerung, die durch die Gehaltsabschlüsse nicht ausgeglichen werden, zu mildern. Daran ändert auch die zusätzliche Vorrückungsstufe nichts. Bei dem heurigen Abschluß hat sie nur die Wirkung, einen Teil der Angestellten über das tatsächliche Ausmaß des Lohnabbaus hinwegzutäuschen.

Alles in allem ist dieser Abschluß noch schlechter als der der Industrieangestellten oder der Metallarbeiter.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat die Kampfbereitschaft der Mitglieder in leeren Drohungen verpuffen lassen und sich ganz und gar den Interessen der Kapitalisten gebeugt.



Das termingerechte Erscheinen dieser Nummer des KLASSENKAMPF sicherzustellen, war uns infolge einer Spaltung des KB und der dadurch bedingten Vorbereitung auf eine außerordentliche Nationale Delegiertenkonferenz nicht möglich.

Der KB ist seit Oktober gespalten oder genauer: zersplittert. Unter Führung des früheren Sekretärs des ZK, Walter Lindner, hat sich eine Fraktion im ZK gebildet, die auf die Spaltung und Zersplitterung der Organisation hinarbeitete. Diese Fraktion hat das ZK und die Wiener Ortsgruppe gespalten. In Wien tritt sie inzwischen als "Kommunistische Organisation Wien" auf. Infolge der Spaltung im ZK traten die Mehrheit der Salzburger Ortsgruppe und die Klagenfurter Ortsgruppe aus dem KB aus. Die Salzburger Ortsgruppe hat sich inzwischen als Zirkel konstituiert.

Der KB hatte sich im März dieses Jahres von dem rechten und zentristischen Teil des KB getrennt und auf einer außerordentlichen NDK den Neuaufbau des KB nach der revisionistischen Entartung als seine Hauptaufgabe festgelegt. Wir haben indes seit März nicht mit den alten Fehlern und Abweichungen brechen können und haben nicht die notwendigen und möglichen Fortschritte erzielt. Auf diesem Hintergrund entfaltete sich die Tätigkeit dieser ZK-Fraktion und wurde die jetzt auch erfolgte Zersplitterung des KB betrieben.

Die Fehler und Abweichungen unserer Politik im vergangenen Jahr sind Gegenstand von Debatten in der Organisation. Eine Nationale Delegiertenkonferenz wird hier eine Einschätzung treffen. Vor allem aber werden die jetzige Lage der Marxisten-Leninisten, die Aufgaben im Aufbau der Organisation, der weitere Weg beim Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse festgelegt werden müssen. Aus diesem Grund haben wir das Erscheinen dieser Nummer verschieben müssen.

Die Ergebnisse der Delegiertenkonferenz werden wir veröffentlichen. Überhaupt betrachten wir die Auseinandersetzung um den weiteren Weg der Kommunisten nach der Zersplitterung des KB nicht nur als Angelegenheit der Marxisten-Leninisten selber. Sie ist eine Angelegenheit aller, die für den Aufbau einer kommunistischen Partei eintreten.

Weiterhin: Kein Ersatz-Kraftwerk

Mehr als zwei Jahre nach der Volksabstimmung, die die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf verhindert hat, kann von einem Ersatzkraftwerk immer noch keine Rede sein. Erinnern wir uns: Unmittelbar nach der Volksabstimmung beeilte sich die Regierung mit der Abgabe von Loyalitätserklärungen. Selbstverständlich werde man das Ergebnis der Volksabstimmung respektieren, hieß es damals. Und weil man den gesetzlichen Auftrag der Sicherstellung der Stromversorgung habe, werde man eben ein Ersatzkraftwerk errichten. Ebenso schnell ist damals also beschlossen worden in Moosbierbaum (Gemeinde Zwentendorf) ein Kohleersatzkraftwerk zu errichten.

Seither sind zwei Jahre vergangen und ist viel Wasser die Donau hinabgeflossen. Der aufmerksame Beobachter wird jedoch in Moosbierbaum nicht die geringste Spur eines Ersatzkraftwerkes entdecken können.

Dies mutet insofern seltsam an, als es ja seit Jahren ständig heißt: Österreich braucht dringend den Zwentendorfstrom, die Energieversorgung bricht sonst im Winter zusammen, die Arbeitsplätze wackeln etc.etc. Sehr stark scheinen also die 6% der Gesamtstromerzeugung die das AKW liefern hätte sollen nicht abgegangen zu sein.....

Aber immerhin: Vor kurzer Zeit reiste auf Kosten der Verbundgesellschaft eine 23-köpfige Abordnung des Zwentendorfer und des Atzenbrugger Gemeinderates durch die BRD, um in Bremerhaven und bei Hanover zwei Kraftwerke des für Moosbierbaum geplanten Typs zu begutachten. Diese Reise ergab dreierlei: „Daß diese Kraftwerke erstens "völlig sauber und leise" seien und daß zweitens eine "vollständige Entschwefelung der Abgase derzeit wirtschaftlich nicht möglich" sei. Und die dritte Erkenntnis, die die Herren mitbrachten, war, daß "die zulässigen Höchstwerte soweit herabgesetzt werden, daß ein weitgehender Schutz der Umgebung erreicht wird".

So kam es dazu, daß am 13. Oktober der Zwentendorfer Bürgermeister Rabl als Baubehörde erster Instanz die Baugenehmigung für Moosbierbaum erteilte.

Gegen diesen Spruch erhob allerdings der Großgrundbesitzer Athann, der 1755 ha Land, sowie Fischereirechte in der Donau besitzt, Einspruch. Dieser Einspruch wird jedoch ziemlich sicher vom Zwentendorfer Gemeinderat einstimmig aufgehoben werden, sodaß sofort danach der Bau des Kraftwerkes in Moosbierbaum beginnen könnte.

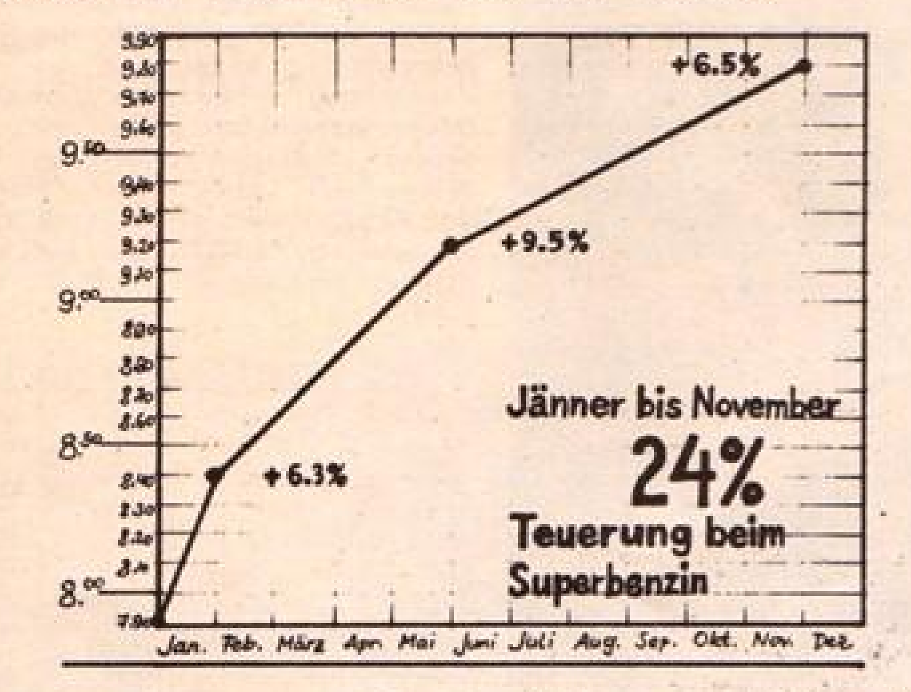
Doch wie gab in der Einspruchsbegründung der Herr Dipl. Ing. Althann zu bedenken? Angesichts des Volksbegehrens Pro-Zwentendorf ist eine Inbetriebnahme des AKW ohnehin nicht auszuschließen.

Die Regierung scheint schon seit dem 6. 11. 1978 so zu denken. Weshalb wäre sonst das AKW um Milliardenbeträge konserviert und der Bau eines geeigneten Ersatzkraftwerkes verzögert worden?

Genehmigt ist zwar der Bau nun, aber gebaut werden wird wohl zumindest noch lange nicht, wenn nicht überhaupt nie...

Zum dritten Mal heuer: Benzin teurer

Bereits zum dritten Mal wurden nun binnen 11 Monaten die Preise für Benzin, Diesel und Ofenheizöl erhöht. Das hat es bisher noch nie gegeben. Die Preise für Normalbenzin, Superbenzin, Dieselöl und Ofenheizöl stiegen in der Nacht vom 24. auf den 25. November je Liter um 60 Groschen. In Prozent ergibt dies eine Teuerung von 6,52% bei Super, 7,06% bei Normal, 7,23% bei Diesel und 12% (!) bei Ofenheizöl. Die Preiserhöhungen für Mineralölprodukte sind gleichsam der Startschuß für eine Reihe weiterer Teuerungsschritte, die spätestens ab 1. 1. 1981 greifen werden.



Das Jahr 1980 hat einen Rekord gebracht: Seit Jänner wurden die Preise für Mineralölprodukte dreimal angehoben. Anfang Jänner kostete der Liter Superbenzin noch öS 7,90 - nun bereits öS 9,80! Dies ergibt für heuer eine Verteuerung von nicht weniger als 24%. Ein Großteil der Mehreinnahmen wird übrigens still und leise vom Staat eingesteckt: auf dem Weg der indirekten Steuern. Eine Extra-Steuererhöhung gibt es beim Ofenheizöl, wo der ermäßigte Mehrwertsteuersatz per 1. 1. 1981 von derzeit 8 auf 13% angehoben wird (ist im neuen Preis bereits enthalten).

Bei einem Verbrauch von monatlich 80 Liter Benzin wird ein Kraftfahrer Monat für Monat zusätzlich 48,- Schilling für die Fahrtkosten zuschießen müssen. Heizt er daheim auch noch mit Ofenheizöl, so kann er etwa den gleichen monatlichen Betrag für die Ofenheizölverteuerung dazuaddieren. In Summe ergibt dies monatlich einen runden Hunderter an Mehrkosten, oder anders ausgedrückt: ein gutes Drittel von dem, was die letzte Lohnerhöhung gebracht hat.

Die Preiserhöhungen für Mineralölprodukte sind jedoch nicht die einzige staatliche Maßnahme, die die Lebenshaltungskosten verteuern. Bereits ab 1. 1. 1981 ist mit einer Fülle weiterer Maßnahmen zu rechnen.

Ein Viertel-Prozent des Bruttolohns wird ab 1. 1. für die erhöhten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einbehalten werden. Bei einem Bruttolohn von öS 9.500, ergibt dies einen monatlichen Zusatzabzug von nicht ganz 24 Schilling. In Schwebe ist noch die Frage von Erhöhungen bei Pensions- und Krankenkassenbeiträgen. Es könnte durchaus sein, daß es auch hier noch zu Änderungen kommt. Vom Wiener SP-Stadtrat Mayr wurde anläßlich der Wiener Budgetdebatte auf jeden Fall die Forderung nach Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage für Krankenkassenbeiträge gefordert. Dies würde zu einer Erhöhung der Lohnabzüge ab monatlich öS 15.300,- führen.

Der gleiche Stadtrat Mayr kündigte übrigens auch Beschlüsse zu den wichtigsten städtischen Tarifen "noch vor Weihnachten" an. Teuerer wird auf jeden Fall - und das nicht nur für die Wiener - das Gas. Ebenfalls ab 1. 1. 1981 wird auch der elektrische Strom teurer werden. Grund: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 auf 13%.

Stark verteuert werden ab 1. 1. auch die Bahn- und Posttarife. Aufgrund letzterer werden auch die Rundfunkgebühren steigen.

Und schließlich erfolgt mit 1. 1. auch eine Erhöhung der staatlichen Stempelgebühren.

All das zusammengenommen, wird mit Jahresbeginn einen gewaltigen Teuerungsschub mit sich bringen, während der Verbraucherpreisindex jetzt bereits nur knapp unter 7% liegt. Wir wollen hier gar nicht die zu erwartende monatliche Mehrbelastung einer im heurigen Herbst erfolgten durchschnittlichen Lohnerhöhung Denn die im Herbst getätigten Lohnabschlüsse hätten ja die Teuerung von vor dem Herbst abgelten sollen. Daß sie dies nicht getan haben, ist ein offenes Geheimnis. Schon vor dem Teuerungsschub am 1. 1. haben also die Lohnabhängigen den Gürtel bereits um einiges enger geschnallt, als am 1. 1. des heurigen Jahres. Und dann geht es erst richtig los.

Von Gewerkschaftsseite war bisher zum Teuerungsschub ab Jahresbeginn nichts zu hören. Es wäre wichtig, diese Frage sofort einmal bei den derzeit laufenden innerbetrieblichen Lohnverhandlungen aufzuwerfen, ganz abgesehen davon, wie in der kollektivvertraglichen Lohnpolitik von Gewerkschaftsseite darauf reagiert werden soll.

Horny: Kurzarbeit beendet

Nach nahezu vierwöchiger Unterbrechung wurde am 19. 11. bei Philips in den Werken im 3. und 23. Wiener Gemeindebezirk die Videorecorderproduktion wieder aufgenommen. In der Zwischenzeit wurden Tausende der auf Lager liegenden defekten Geräte repariert und zur Auslieferung freigegeben.

Sind die Produktionsprobleme damit überwunden oder muß sich die Belegschaft auf weitere Perioden der Kurzarbeit einstellen?

Auf den ersten Blick betrachtet schienen es technische Mängel des Videorecorders gewesen zu sein, die den Stillstand der Produktion erzwungen haben. Die Geräte fielen reihenweise aus, sei es, weil durch statische Aufladung Halbleiter zerstört wurden, sei es, weil kalte Lötstellen die Funktion der Printplatten beeinträchtigten sei es weil die Bandmechanik immer wieder hängenblieb, sei es einer der vielen anderen Gründen, die teilweise verborgen blieben.

So wird nun seit mehr als einem Jahr an dem neuen VCR 2020 herumproduziert, ohne daß sich der "durchschlagende Erfolg" eingestellt hätte. Es wurde jedoch solange weiterproduziert, bis der Produktionsstop unvermeidlich wurde, um nicht noch mehr Ausschuß zu produzieren.

Warum haben die Philips-Kapitalisten nicht zugewartet und die Herstellung des Videorecorders so organisiert, daß es keine Schwierigkeiten gibt?

Tatsächlich konnte der Konzern nicht mehr zuwarten, der Verlust von Anteilen am Videorecordermarkt war bereits sehr hoch, die Konkurrenz mit neuen, komfortableren Geräten davonzogen. Aus diesem Grund spielte der Zeitfaktor eine nicht unerhebliche Rolle bei der Entwicklung und Herstellung dieses neuen Gerätes. Der Konkurrenzdruck war sozusagen schon so stark, daß das Gerät auf Biegen und Brechen auf den Markt geworfen werden mußte. Qualitätsprobleme wurden demgemäß hintangestellt und die Arbeitshetze gesteigert. Jetzt versucht die Firmenleitung der Schwierigkeiten auf Kosten der Belegschaft Herr zu werden. Das fängt an bei den verschärften Arbeitsbedingungen (Essen, Trink- und Rauchverbot an den Bändern) und reicht bis zur Kurzarbeit mit 25% Lohnverlust.

Für erhebliche Teile der Belegschaft - der Großteil der Arbeiterinnen war davon betroffen - bedeutete diese Kurzarbeit einen ziemlichen Lohnverlust, etwa 700 bis 1000 Schilling netto (je nach Dauer der Kurzarbeit für die einzelne Arbeiterin und ihrem Stundenlohn). Gemildert wird dieser Verlust durch mehrere Faktoren:

Erstens war die Kurzarbeit auf zwei Monate - Oktober und November - aufgeteilt, also auch der Lohnverlust. 300 - 400 Schilling entfielen auf den Oktober, der Rest auf den November. Das ändert allerdings nichts an dem absoluten Verlust von 700 - 1000 Schilling.

Zweitens trat mit 1. Oktober die kollektivvertragliche Lohnerhöhung in Kraft. Dadurch wird natürlich der Unterschied zum Septemberlohn verwischt. Die Nettolohnerhöhung durch diesen Abschluß beträgt für einen Stundenlohn von öS 50,- etwa öS 300,-, wird also durch die Kurzarbeit so gut wie aufgehoben.

Drittens war bei der Oktoberabrechnung schon das Weihnachtsgeld dabei (wird im November ausbezahlt), was die triste Situation etwas aufgehellt hat. Natürlich bleibt dadurch vom Weihnachtsgeld weniger übrig für verschiedene Anschaffungen.

Zurück zu den Produktionsproplemen. Sind sie jetzt gelöst? Durch die Kurzarbeit sind sie jedenfalls nicht gelöst worden. Die Ursachen der schlechten Qualität liegen auch nicht darin, daß die Arbeiterinnen am Arbeitsplatz rauchen. Durch diese Maßnahmen wird sich daher die Qualität der Videorecorder auch nicht verbessern. Und es zeigt sich auch schon in den wenigen Tagen seit der Wiederaufnahme der Arbeit, daß der Ausschuß kaum geringer geworden ist. Eine Wiederholung der Kurzarbeit in der nächsten Zukunft ist daher nicht auszuschließen.

In der Zwischenzeit haben Betriebsrat und Firmenleitung eine innerbetriebliche Lohnerhöhung ausgehandelt. Im stillen Kämmerlein, ohne vorher eine Forderung bekanntzugeben. Ein kraftloses Vorgehen des Betriebsrates, ohne sich vorher die Unterstützung der Belegschaft zu holen. Und so sieht auch das Ergebnis aus: 2% ab 1.1.81. Da zu diesem Zeitpunkt auch die Sozialversicherungsbeiträge erhöht werden, bleibt von diesen 2% herzlich wenig übrig: für die Lohngruppen 6a und 6b zum Beispiel ca. öS 55,-. Gemeinsam mit der gewerkschaftlichen Lohnerhöhung ergibt das etwa 350 - 370 Schiling netto, in Prozenten ausgedrückt sind das im Durchschnitt ungefähr 5,8%. Und das bei einer Preissteigerung von über 7% während der Laufzeit des alten Kollektivvertrages. (Zelle Philips-Horny, Wien)

Ein Schlag ins Wasser

Als Schlag ins Wasser hat sich das Pro-AKW-Volksbegehren herausgestellt. Zumindest in Bezug auf eine seiner beiden Aufgaben. Mit 422.431 Unterstützungsunterschriften wurde - vom Schmitz-Volksbegehren abgesehen - nicht nur das bisher niedrigste Volksbegehren-Ergebnis in der Geschichte der 2. Republik erreicht, es konnten auch bloß 26,8% der Menschen mobilisiert werden, die noch im November 1978 mit Ja zum AKW gestimmt hatten.

Angesichts der Millionenwerbung, die für das Pro-Volksbegehren betrieben worden war, angesichts massiver "Unterstützung" der drei "Initiatoren" durch Bundeswirtschaftskammer und ÖGB-Spitze, angesichts einer Reihe mobilisierter Spitzenpolitiker aus sämtlichen großen bürgerlichen Parteien, angesichts von Kreiskys öffentlich bekanntgegebenem Entschluß "auch" zu unterschreiben stellen diese 422.431 Unterschriften tatsächlich eine enttäuschende Niederlage dar.

Schlecht verhohlene Enttäuschung schwang daher auch bei sämtlichen Stellungnahmen von SP-Politikern nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses mit. Benya meinte, er habe sich ohnehin nicht mehr erwartet, als 400.000 Stimmen, Kreisky zählte minutenlang all die Schwierigkeiten auf, die so ein armer Mensch, der ein Volksbegehren unterstützen will hat (zu Fuß aufs Amt gehen, mit Namen und Adresse unterschreiben, etc.) und erklärte abschließend, immerhin sei der Zweck des Volksbegehrens erreicht. Damit hat er sicher recht. Und dies ist bereits die andere - und die hauptsächliche - Seite dieses Volksbegehrens: Das Parlament muß nun über den Antrag auf Inbetriebnahme des AKW einen Beschluß fassen.

All das hätte ja die Regierungspartei auch billiger haben können. Ein Gesetzentwurf des Ministerrates hätte genügt. Aber die SPÖ wollte von sich aus nicht den ersten Schritt für eine Neuaufrollung tun - dazu fehlte ihr offensichtlich der Mut. So hat sie sich durch das Volksbegehren beauftragen lassen.

Im Mittelpunkt aller Erklärungen von SP-Politikern steht nun die Frage, wie die ÖVP dazu gebracht werden kann, einer Aufhebung des sogenannten "Atomsperrgesetzes" zuzustimmen. Auch hier: Einfache Stimmenmehrheit würde genügen - ist für die SP jedoch zu riskant.

All dieses Taktieren der Regierungspartei zeigt deutlich, wiesehr ihr nach wie vor die Angst vor der AKW-Gegnerschaft des Volkes in den Knochen sitzt. Die Methoden der SPÖ haben sich gegenüber den Siebzigerjahren überhaupt nicht geändert - ein deutliches Zeichen dafür, daß sie die Stimmung im Volk nicht anders einschätzt als schon in den Siebzigerjahren, deren markantestes Ergebnis die Volksabstimmung 1978 war.

Kaum hat es die SPÖ soweit gebracht, das Thema AKW wieder ins Parlament zu bringen, brechen auch schon die Widersprüche in ihren eigenen Reihen wieder deutlich auf.

Die JG (Junge Generation) erklärte in der Vorwoche auf einer Pressekonferenz, die SPÖ dürfe keine "Atom-Partei" werden, der Chef der Vorarlberger SPÖ gab bekannt, daß es nun zu einer Ausrichtung der Vorarlberger SPler kommen werde. In der Zeitung der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter hetzt beispielsweise Benyas Spitzenliterat W. Bruckner auf die Jusos, wenn er schreibt: "Jene, die da als Vertreter der Jugend gelten, sind oft nur Vertreter einer schmalen Funktionärsschicht. Selbsternannte Sprecher. Solche, die ihre schmale Gefolgeschicht rings um sich placiert und dadurch für eine immerwährende Wiederwahl gesorgt haben.... Wenn manche Berufsjugendliche ihre Stimme hundertmal erheben, dann achtundneunzigmal gegen die eigene Partei. Als gäbe es anderswo nicht das geringste zu kritisieren. Solcherart profiliert man sich zum Parteigewissen mit Zukunftschancen..."

Während also die SPÖ auf die "Atomspaltung" in der ÖVP wartet, hat die "Atomspaltung" bei ihr schon längst begonnen. (gf)

Tullnerfeld gegen AKW

Die Bevölkerung des Tullnerfeldes war immer schon mehrheitlich gegen das AKW und damit immer schon eine starke Stütze der Bewegung gegen das AKW-Zwentendorf. Bei der Volksabstimmung im November 1978 stimmten im Bezirk Tulln bei starker Beteiligung (79,5%) nicht weniger als 62,5% gegen die AKW-Inbetriebnahme. Und selbst in der Gemeinde Zwentendorf stimmten damals bei einer Beteiligung von 83% (!) immerhin 44,5% mit Nein.

An der breiten Ablehnung des AKW dürfte sich im Bezirk Tulln nicht viel geändert haben. Das zeigt das Ergebnis, das die AKW-Befürworter mit ihrem Volksbegehren im Tullner Bezirk herausgeholt haben. Ganze 1.446 Menschen trugen sich in die weißen Listen ein - das entspricht einem Anteil von 3,94% der Eintragungsberechtigten. Der Anteil der Unterstützer des Pro-AKW-Volksbegehren lag damit im Bezirk Tulln um die Hälfte niedriger, als im Bundesdurchschnitt, wo er 8% der Eintragungsberechtigten ausmachte.

Das sogenannte "Kontra-Volksbegehren der Frau Schmitz wurde bloß - wie sich am Gesamtergebnis zeigte - von einem kleinen Teil der AKW-Gegner unterstützt. Daß es im Bezirk Tulln - gemessen am Bundesdurchschnitt von 2,8% - mit 6,02% aller Eintragungsberechtigten mehr als doppelt so viel Unterstützungsunterschriften und 53% mehr als das Pro-Volksbegehren bekommen konnte, zeigt wie massiv die AKW-gegnerschaft im Tullnerfeld sein muß.

BEZIRK TULLN	Anz. d. Berecht.	Beteiligung	Pro-Unterschriften		"Kontra"-Unterschr.	
			Absolut	in %	Absolut	in %
Absdorf	997	7.62 %	45	4.51 %	31	3.11%
Atzengbrugg	1.554	10.75 %	91	5.86 %	76	4.89%
Fels am Wagram	1.319	5.69 %	21	1.59 %	54	4.09%
Grafenwörth	1.567	4.34 %	33	2.11 %	35	2.23%
Großriedenthal	723	2.90 %	6	0.83 %	15	2.07%
Großweikersdorf	1.794	5.80 %	36	2.01 %	68	3.79%
Judenau-Baumgarten	1.088	6.07 %	6	0.55 %	60	5.51%
Kirchbg. am Wagram	2.279	13.30 %	63	2.76 %	240	10.53%
Königsbrunn	814	12.41 %	10	1.23 %	91	11.18%
Königstetten	890	8.43 %	24	2.70 %	51	5.73%
Langenrohr	952	13.24 %	5	0.53 %	121	12.71%
Michelhausen	1.445	8.65 %	53	3.67 %	72	4.98%
St. Andrä-Wördern	3.402	10.79 %	197	5.79 %	170	5.00%
Sieghartskirchen	3.132	8.59 %	132	4.21 %	137	4.37%
Sitzenberg-Reidling	1.234	23.34 %	68	5.51 %	220	17.83%
Tulbing	1.264	13.13 %	74	5.85 %	92	7.28%
Tulln	7.741	9.34 %	256	3.31 %	467	6.03%
Würmla	696	5.75 %	15	2.16 %	25	3.59%
Zeiselmauer	1.574	16.39 %	133	8.45 %	125	7.94%
Zwentendorf	2.264	10.51 %	178	7.86 %	60	2.65%
Gesamt	36.729	9.95 %	1.446	3.94 %	2.210	6.02%

Interessant sind die einzelnen Gemeindeergebnisse. In drei Gemeinden blieben die Pro-Unterschriften überhaupt unter der 1%-Marke, in fünf Gemeinden unter der 2%-Marke und in zehn Gemeinden unter der 3%-Marke.

Bei der Volksabstimmung 1978 gab es im ganzen Bezirk Tulln nur eine Gemeinde, in der die Ja-Stimmen mehr als 49,9% ausmachten: Zwentendorf.

Zwar hat Zwentendorf mit 7,86% der Eintragungsberechtigten dem Pro-Volksbegehren fast das beste Ergebnis im Bezirk geliefert (nur Zeiselmauer liegt noch darüber), doch auch dieses Ergebnis wird wohl kaum einen AKW-Betreiber froh werden lassen: 26,79% der Österreicher, die 1978 mit Ja stimmten, haben das Pro-Volksbegehren unterzeichnet. In Zwentendorf betrug die Anzahl der Pro-Unterschriften nur 21,68% der seinerzeitigen Ja-Stimmen. Während also Zwentendorf 1978 mit einem Anteil der Ja-Stimmen von 55,5% noch über dem Bundesdurchschnitt von 49,53% lag, so scheint nun auch in Zwentendorf der Einfluß der AKW-Befürworter deutlich gesunken zu sein; wie sonst ließe sich erklären, daß nur ein so geringer Teil der ehemaligen Ja-Stimmen in der einstigen "Parade"-Gemeinde für das AKW zu mobilisieren war? (gf)

Sieg der Niklasdorfer Arbeiter



Das Druckmittel: die Hauptverkehrsader der Obersteiermark wird blockiert.

Mittwoch, 19. November: Knapp vor 14 Uhr war es soweit. Die Belegschaft der Niklasdorfer Papierfabrik besetzt die Bundesstraße. Gleichzeitig beginnt die Sirene zu heulen und hört nicht auf. Gut 10 Minuten lang ruft sie die Niklasdorfer auf die Straße. Im Nu bilden sich auf der wichtigen Verbindung zwischen Leoben und Bruck kilometerlange Staus. Die in Frage kommenden Nebenstraßen werden ebenso abgeriegelt. Mit den Funkgeräten der Betriebsfeuerwehr wird koordiniert. "Mama, ich geh auch mit, sonst haben wir nichts zum Anziehen und zum Essen", sagt eine 7-jährige zu ihrer Mutter. Die Mutter arbeitet in der Fabrik. Noch.

ABTEILUNGSVERSAMMLUNGEN

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich in Niklasdorf in den Morgenstunden dieses Mittwochs die Nachricht, daß der Aufsichtsrat der CA (Creditanstalt-Bankverein 80%-Eigentümer der Leykam, zu der Niklasdorf gehört) tags darauf die Schließung des Werkes besiegeln wollte. "In der Schlosserei hat's dann gleich angefangen", erzählt einer, "und dann waren auch in den anderen Abteilungen Versammlungen. Und dann hat der Betriebsrat eine Sitzung gemacht" - Eine erste Betriebsversammlung.

- Eine erste Betriebsversammlung. Von Stunde zu Stunde wurde die Stimmung geladener. "Jetzt geht's ums Überleben", war die Meinung praktisch der gesamten Belegschaft. Was zu tun wäre, darüber wurde nicht lange diskutiert. Ein Streik wurde ohnehin von niemandem vorgeschlagen - denn der hätte in dieser Situation weder die verantwortlichen Politiker, noch die CA-Kapitalisten besonders gestört. Die wollen ja ohnehin zusperren. Der wunde Punkt der Verantwortlichen - Politiker und Kapitalisten - liegt genau vor der Fabrik: Die Bundesstraße - einzige Verbindung von Bruck ins obere Murtal (und weiter nach Kärnten) oder Richtung Ennstal.

VERMITTLUNGS- UND BESCHWICHTIGUNGSVERSUCHE

Die beiden Betriebsratsobmänner Marak (Arbeiter) und Gumpold (Angestellte) waren hauptsächlich an den Telefonen beschäftigt. Androsch und der steirische SP-Chef Gross wurden bestürmt, daß die Belegschaft auf die bekannte "Zusicherung" von Ersatzarbeitsplätzen - pfeift. Fohnsdorf ist zu nahe, als daß diese "Ersatz"-Märchen hier noch von irgendjemandem abgenommen werden. Das einzige Ergebnis der hektischen Telefoninterventionen der Betriebsratsobmänner: Um 12 Uhr 45 erklärt SPÖ-Gross im ORF, es sei in Gesprächen mit Managern der Leykam, Gewerkschaftsfunktionären und Androsch gelungen, die ursprünglich für Donnerstag angesetzte Aufsichtsratssitzung auf 17. Dezember zu verschieben. In der Zwischenzeit werde der Grazer Univ.-Prof. Dr. Stark ein neues Gutachten erstellen, das als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen solle.

ZWEITE BETRIEBSVERSAMMLUNG

13 Uhr: Dieses "Ergebnis" bringt die Belegschaft erst recht auf die Palme. Denn sofort wird die Sitzungsverschiebung als reine Verzögerungs- und Beschwichtigungstaktik erkannt. Die Betriebsräte werden mit Sprechchören "Absperren! Absperren!" empfangen. Jede Wortmeldung in der Versammlung befürwortet die Straßenblokkade. Da hilft es nichts, daß sich die beiden Betriebsratsobmänner davon distanzieren. "Wir haben genug von leeren Versprechungen! Wir wollen bindende Zusagen, daß das Werk nicht geschlossen wird. Und zwar heute! Wenns nicht anders geht, dann eben auf der Straße!"

REICHE ERFAHRUNGEN MIT HINHALTETAKTIK

Gerade in der Obersteiermark wird derzeit klarer, daß sich die Investitions- und Arbeitsmarktpolitik der Kapitalisten und die Taktik der Regierung um die Arbeitsplatzpolitik gut ergänzen. Eumig zum Beispiel hat - um 300 Arbeitskräfte bei schlechter Bezahlung ausbeuten zu können - für das Fohnsdorfer Werk Millionen aus Steuermitteln und aus der Arbeitslosenversicherung kassiert. Die Regierung preist dies jahrelang landauf, landab, wie ein Wanderprediger, als Beispiel dafür, wie klug sie die Arbeitsplätze sichere. Daß bis zum Schluß im Fohnsdorfer Kohlenbergbau noch über 1000 Kumpel beschäftigt waren, fällt unter den Tisch - gut 700 Arbeitsplätze in Fohnsdorf also weniger.

Aber bleiben wir in Niklasdorf.

"PERLE DES KONZERNS"

1976 wurde das im Mehrheitsbesitz einer westdeutschen Kapitalgruppe befindliche Niklasdorf "Brigl & Bergmeister"-Werk in den Leykam-Konzern eingegliedert. Damals kreuzte Leykam-Generaldirektor Spiegelfeld, der vor kurzem mit fetter Abfertigung in Pension ("volle Bezüge") geschickt wurde, in Niklasdorf auf und verkündete: "Dieses Werk ist ein Goldstück des Konzerns. Wir werden es zur Perle machen." - Und was geschah? - Ein Arbeiter erzählt: "Kurz darauf - so Anfang 1977, glaub ich - sind die einzigen einigermaßen neuen Maschinen aus der Holzschleiferei wegtransportiert worden. Nach Gratkorn!"

Aus der Belegschaft wurde seither herausgepreßt, was geht, investiert wurde kein Groschen. Wenn bei der Blockade auf einer Tafel die rhetorische Frage: "CA - Mörder von Niklasdorf ?" stand, dann wissen die Niklasdorfer heute genauer was sie meinen: Die CA hat sich 1976 den Betrieb unter den Nagel gerissen, um sich einen Konkurrenten vom Hals zu schaffen - und um dann das veraltete Werk zuzusperren. Profitlogik eben.

Dennoch wurden die Absichten des CA-Kapitals erst nach und nach deutlicher. Noch vor einem Jahr, am 7. Oktober 1979, erschien z. B. im steirischen SP-Organ "Neue Zeit" folgender Artikel, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten und originalgetreu wiedergeben:



Kein Vertrauen mehr in Androsch

Hoch bei Leykam-Mürztaler Gute Hand bei Investitionen

„Mit der Leykam-Mürztaler AG geht es wieder aufwärts. Die Talsohle des vergangenen Jahres konnte durchschritten werden." Dies waren die zentralen Aussagen des Generaldirektors der Leykam-Mürztaler, Kuno Spiegelfeld, bei einem Pressegespräch in Gratkorn. Im Rahmen dieses Pressegesprächs wurden auch die jetzt voll laufende neue Zellstoffanlage vorgestellt und die weitere Planung des Konzerns erörtert.

Bei Leykam-Mürztaler hat man eine glückliche Hand beim Investieren bewiesen. Die antizyklischen Investitionen im Zellstoffbereich haben sich als vorbehaltlos richtig erwiesen. In Zeiten, als der Zellstoffpreis auf dem Markt ständig nach unten rutschte, entschloß sich der Vorstand der Leykam-Mürztaler, eine neue Zellstoffproduktion in Gratkorn aufzubauen. Jetzt steht die Anlage und ist voll angelaufen — und genau zum richtigen Zeitpunkt, denn heuer ziehen die Zellstoffpreise enorm an. Trotz hoher Rohstoffkosten und ungünstiger Währungsparitäten ist die Ertragslage des Konzerns derzeit gut, wie Generaldirektor Spiegelfeld erklärte. Heuer rechnet der Konzern mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis und hofft, im nächsten Jahr bereits Dividenden zahlen zu können. „Jedenfalls werden wir uns bemühen, so schnell wie möglich die Verlustvorträge in der Bilanz abzubauen", sagte Spiegelfeld. Auch die Vertreter des Hauptaktionärs CA (rund 80 Prozent des Aktienkapitals) bestätigen, daß es sich bei der Leykam-Mürztaler um einen ihrer Musterbetriebe handle: „Es handelt sich um ein strukturell gesundes Unternehmen, das zu allen Hoffnungen Anlaß gibt." Neben dem Anziehen des Zellstoffpreises sind die Erfolgsrezepte der Leykam-Mürztaler die hohe vertikale Integration von rund zwei Dritteln (das heißt, zwei Drittel des im Konzern hergestellten Zellstoffes werden in den konzerneigenen Papierfabriken weiterverarbeitet) und die hohe Rückgewinnungsquote (98 Prozent der organischen Stoffe werden rückgewonnen, und 150 Millionen Kilowattstunden Energie werden im eigenen Werk hergestellt). Die Zellstoffproduktion soll in Gratkorn konzentriert werden, in Niklasdorf soll sie auf Sicht aufgelassen werden. Das Operationspapier für die Niklasdorfer Betriebe soll noch heuer in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat fertiggestellt werden. Zentralbetriebsratsobmann Kurt Roth betonte jedoch, daß es im Hinblick auf die Stillegung der Zellstoffproduktion in Niklasdorf noch keine Übereinstimmung gebe: „Wir glauben, daß man in Niklasdorf nach den nötigen Investitionen weiterhin Zellstoff erzeugen kann." Keinesfalls werde es jedoch zu einer Reduzierung der Belegschaft kommen.

Was die Umweltfragen betrifft, konnte die Leykam-Mürztaler ein großes Stück weiterkommen. „Die Umweltbelästigung konnte auf ein minimales Maß reduziert werden", betonte Spiegelfeld. **Jetzt sei man bemüht, auch die letzten Reste von Emissionen wegzubringen.**

Ende April/Anfang Mai dieses Jahres warnten erstmals die beiden Betriebsratsobmänner vor einem drohenden Zusperren. Einerseits wurden die Schließungsgerüchte immer konkreter, die Kapitalistenvertreter machten auch immer weniger Hehl aus ihren Absichten, und bei der Aufsichtsratssitzung am 8. Mai wurden sie schon sehr deutlich. Andererseits fanden am 7. Mai Betriebsratswahlen statt. Ergebnis: Die einzige Liste der bisherigen SPÖ-Fraktion wurde bei hoher Wahlbeteiligung wiedergewählt. Was blieb, war Ungewißheit unter der Belegschaft. Angst und Gerüchte. Monatelang, ohne daß Zentralbetriebsratsobmann Roth oder die beiden Betriebsratsobmänner die Belegschaft über die Absichten der Kapitalisten genau aufklärten. Sie wußten nämlich von Aufsichtsratsbesprechungen bestens Bescheid.

27. OKTOBER: ANDROSCH IN NIKLASDORF

Ende Oktober wurde plötzlich bekannt, daß eine Leykam-Aufsichtsratssitzung am 27. Oktober die Schließung des Niklasdorfer Werkes beschließen solle. Als Eigentümervertreter reiste Androsch an - und wurde von 2.000 Niklasdorfern mit Transparenten und Tafeln empfangen: "Nach Hinterberg und Weißenbach nun Niklasdorf, Herr Minister ?!?!" Der Vizekanzler versuchte zu beruhigen, schwätzte etwas von "voller Unterstützung" und Ersatzarbeitsplätzen und versprach, "daß heute sicher nicht eine Schließung des Werkes beschlossen wird. Dafür verbürge ich mich. Man muß diesen Herren (von CA und Leykam) einmal in aller Deutlichkeit sagen, daß sie sich das nicht so leicht machen können." -Aufschub, Verzögerung, Taktieren, Betrug.

"Wir hoffen auf die Hilfe der Bundesregierung" stand damals auf einem von Betriebsräten initiierten Transparent. Einen knappen Monat später stand auf den Tafeln bereits: "Kein Verlaß auf Androsch?" und: "Wann werden Politiker arbeitslos?" - Es wurde deutlich: Zu erhoffen ist von der Bundesregierung nichts. Und ohne Kampf der Belegschaft geht nichts.

Als am 18. Oktober abends (Dienstag) auf einer gut besuchten Versammlung einer von Nichtwerksangehörigen initiierten Solidaritätsgruppe bekanntgemacht wird, daß auf der CA-Aufsichtsratssitzung am 20. 10. die Schließung des Werkes auf der Tagesordnung steht, und dann noch die Zeitungen Mittwoch früh melden, daß Androsch in Gesprächen am Dienstag den Zusperrern seinen Sanktus erteilt hatte, ist die Hölle los.

BIS ZUM ABEND: ENTSCHLOSSENHEIT UND ZUVERSICHT

Prächtige Stimmung herrscht in den ersten Stunden unter den ca. 1000 Demonstranten. "Wir halten durch, und wenn das hier auch noch nichts nützt, blockie-

"ren wir die Eisenbahnlinie!" Ein Elektrogeschäft stellt einen Fernseher zur Verfügung, der ebenso auf der Straße aufgestellt wird wie mehrere Radios. Ein Fleischhauer bringt einige Stangen Wurst, Frauen besorgen Tee und Schnaps. "Es war ein Bild des Zusammenhaltens", schreibt die "Kleine Zeitung" später: "Nicht nur die Belegschaft von Leykam war es, die demonstrierte, sondern auch deren Angehörige, Ortsbewohner, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Papierfabrik stehen - sie alle ziehen mit den Arbeitern und Angestellten in der Papierfabrik an einem Strick."



Die Antwort auf zuviele leere Versprechungen

Starkes Raunen geht durch die Menge, als Kreisky in einem Rundfunkinterview erklärt, man müsse verhandeln und die Führungskräfte zur Verantwortung ziehen. - Buh-Rufe, Pfiffe, "Zum Verhandeln war Zeit genug", rufen mehrere.

20 UHR: KREISKY-FERNSCHREIBEN

Mit Spannung warten dann alle auf den Bezirkshauptmann, nachdem angekündigt worden ist, daß ihm Kreisky ein Fernschreiben geschickt habe. Kurz nach 20 Uhr erscheinen Bezirkshauptmann, Betriebsratsobmann Marak und Gewerkschafts-Bezirkssekretär Heindler. Über Polizeilautsprecher liest der Bezirkshauptmann Kreiskys Schreiben vor:

1. Für die Situation in dem in Frage stehenden Unternehmen sind ausschließlich die zuständigen Organe, es sind dies der Vorstand und der Aufsichtsrat, verantwortlich.

2. Vizekanzler Dr. Androsch und Landeshauptmannstellvertreter Gross haben erreicht, daß die morgige Sitzung des Aufsichtsrates auf den 17. Dezember verschoben wird.

3. Der Bundeskanzler und der Vizekanzler sind bereit, Montag, den 24. November, um 10 Uhr im Bundeskanzleramt neuerdings mit einer Abordnung des Betriebsrates zusammenzutreffen, um die zur Diskussion stehenden Probleme zu besprechen. Zu dieser Besprechung werden auch der Vorstand und Vorsitzende des Aufsichtsrates und der Generaldirektor der CA-BV eingeladen werden.

4. Die Bundesregierung ist bereit, die Errichtung von Ersatzarbeitsplätzen mit großer Energie zu fördern.

5. Der Bundesregierung ist das Schicksal der Beschäftigten in Niklasdorf ein sehr ernstes Anliegen. Sie warnt vor einem Mißbrauch durch Außenstehende, die mit ihren Aktivitäten andere Absichten als die, den Betriebsangehörigen zu helfen, verfolgen. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky.

Bezirkshauptmann Kaufmann wird beim Vorlesen immer wieder unterbrochen: "Die Herren sollen nach Niklasdorf kommen!" Trotzdem gibt es am Schluß schwachen Beifall. Kreisky gilt noch am ehesten etwas. Anschließend sprechen noch BRO Marak und Gewerkschaftssekretär Heindler. Beide vertrösten auf die angebotenen Verhandlungen und fordern zur Aufhebung der Blockade auf. Heindler verspricht, daß sich die Gewerkschaft mit den Forderungen der Niklasdorfer beschäftigen werde - Zwischenrufe: "Warum erst jetzt?"

Das Kreisky-Schreiben bewirkt eine deutliche Änderung der Lage.

Ab diesem Zeitpunkt taucht von Zeit zu Zeit BRO Marak - meist im Polizeiauto - auf und fordert über Polizeilautsprecher zur Beendigung der Blockade auf: "Eine weitere Blockade verschlechtert die Verhandlungsbedingungen. Ich bitte euch, gebt uns die Chance, am Montag zu verhandeln." Um 22 Uhr sind noch etwa 150 auf der Straße. Nach 23 Uhr dasselbe nochmals - diesmal durch Angestellten-BRO Gumpold. Er fügt hinzu: "Wenn die Verhandlungen nicht befriedigend verlaufen, werden wir auf einer Betriebsratsversammlung am Dienstag sicher weitere Maßnahmen einleiten. Aber jetzt bitte ich euch nochmals, geht nach Hause."

"DER KOPF FEHLT!"

"Das Tragische ist", seufzt ein nachdenklicher älterer Arbeiter im Gespräch um halb elf, "das Tragische ist, daß hier der Kopf fehlt, eine Führung". Die meisten Betriebsräte, jahrelang auf Sozialpartnerschaft trainiert, versagen in dieser Situation und halten die von Kreisky angebotenen Verhandlungen für das Höchste der Gefühle. So betätigen sie sich in dieser Lage praktisch nur mehr als verlängerter Arm des Bezirkshauptmanns und der Polizei. "Geht doch heim, wenns wollts, aber laßt uns in Ruh! Wir bleiben!", wird hin und wieder gerufen. "Die Straße bleibt zu, bis fix ist, daß nicht zugesperrt wird." Und: "Wo sind die hohen Herren heute?!

Die sollen herkommen!"

WARNENDES HINTERBERG

Und immer wieder: "Wenn wir jetzt gehn, wer weiß, ob wir morgen überhaupt noch hineinkommen (ins Werk)", hört man in Gesprächen. "Wie wars denn damals in Hinterberg?", fragt eine junge Frau und gibt gleich selbst die Antwort: "Die Nachtschicht hat normal gearbeitet, und wie die Frühschichtler gekommen sind, ist ihnen der Zutritt verweigert worden! Schluß aus. Zwei Tage vorher haben sie noch einen Neuen aufgenommen! So war das! Da ist vorher der Warnstreik abgebrochen worden, wegen Verhandlungen angeblich! Wer weiß, ob das nicht hier genauso passiert. Drum sag ich, wir müssen bleiben!" Aber immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die einheitliche Blockadefront ziemlich abbröckelt. Zwischen ein und zwei Uhr geben die Blockadeposten an den verschiedenen Ortsenden auf. BRO Marak fordert nochmals zum Abbruch auf und gibt der Gendarmerie seinen ziemlich eindeutigen Sanktus zur Räumung. Von beiden Seiten werden von der Gendarmerie die LKW-Kolonnen langsam ins Ortsinnere gelotst, wo noch etwa 40 Leute die Straße blockieren. Viele LKW-Fahrer steigen aus - ohne Groll, obwohl sie stundenlang angehalten worden sind, im Gegenteil, nicht wenige erklären sich solidarisch, blödeln ein bißchen gemeinsam mit den Blockierern, machen Mut. Die Gendarmerie droht mehrmals mit Gewalt, und um halb drei ist die Straße wieder frei.

"Mit den Überstunden ist es noch halbwegs gegangen"

"Die letzten Jahre, immer, seit ich mich erinnern kann, hat's im Werk geheißen: Sparen! Sparen!", erzählt ein Arbeiter. "Überzahlungen hat's ohnehin keine gegeben. Und daß wir in den letzten Jahren so einigermaßen über die Runden gekommen sind, das haben nur die Überstunden ausgemacht. Seit einiger Zeit ist's damit auch aus. Und was jetzt übrigbleibt ist ohnehin schon mager genug."

- Wie ließ Tags darauf der Grazer Kapitalistenapologet Prof. Tichy verlauten? "Als 'Abschreckung' für Investoren wertet der Nationalökonom die hohen Löhne und die zusätzlichen Sozialleistungen, an die sich die obersteirische Arbeiterschaft gewöhnt hat." (Kleine Zeitung)

Die Gutachten

Der Grazer Universitätsprofessor Stark soll in den nächsten Wochen ein Gutachten über Niklasdorf erstellen. Dieses "Zugeständnis" verkündete SPÖ-Gross vor der Blockade. Ob die Kapitalisten dadurch beunruhigt sind ist zu bezweifeln. Stark gehört neben Möse zu jenen Gutachtern, die von Leykam und Landesregierung herangezogen wurden, um im Vorjahr die Bevölkerung in Gratkorn und Umgebung mit "wissenschaftlichen Daten" zu beruhigen. Damals behauptete Stark, die Gratkorner Anlage könne so betrieben werden, daß keine unzumutbaren Geruchsbelästigungen aufträten. Die Betroffenen haben das damals mit Recht scharf angegriffen. Das sei erstens ein "frommer Wunsch" des Herrn Professor und zweitens "weiß die Bevölkerung am besten, was zumutbar ist, und was nicht".

WIE WEITER?

Am Donnerstag nachmittag findet eine weitere stürmische Betriebsversammlung statt. Der Vorsitzende der Chemiearbeitergewerkschaft, Teschl, wird durch Zwischenrufe unterbrochen, als er bemerkt, daß die Straße angeblich kein gutes Argument sei. "Erst nachdem wir auf die Straße gegangen sind, kommen Sie daher!", wird ihm entgegengehalten. Nicht nur das. Einen Tag nach der Blockade wird hier plötzlich von Teschl verlautbart: "Für die Chemiegewerkschaft ist es nie eine Frage gewesen, daß Niklasdorf erhalten bleiben muß." Das glaubt zwar auch kein Mensch, aber zumindest hat die Blockade die Gewerkschaftsführung dazu bewogen, ihre Sanktionierung der Zusperrpolitik aufzugeben. Die Niklasdorfer werden das sicher zu nutzen versuchen.

Der größte Beifall kommt auf, als verschiedene Solidaritätsschreiben und -telegramme aus der Obersteiermark verlesen werden. Der Donawitzer Arbeiterbetriebsrat und eine Betriebsversammlung des Eisenerzer Erzbergs erklärten den Niklasdorfern ebenso ihre Unterstützung wie die Katholische Arbeiterjugend, der Leobner Treff 365, die Leobner Aktionsgruppe, die Katholische Jugend (Land) und die KPÖ-Betriebsräte von Puch- und ÖBB-Graz.

Die Kapitalisten selber halten sich derzeit eher zurück und agieren im Hintergrund. Ihnen geht die bisherige Entwicklung jedoch ziemlich gegen den Strich. Die jetzt erzielte Regelung über die dreijährige Fortführung des Niklasdorfer Werkes des Leykam-Konzerns stellt auf jeden Fall einen Erfolg der Arbeiter, der Niklasdorfer Bevölkerung dar.

Die Niklasdorfer haben gezeigt, daß einzig der Weg des entschlossenen Kampfes etwas bringt.

Die Regelung ist ein Zugeständnis des Staates. Kreisky hat sich zu den Unterstützungsmaßnahmen in erster Linie verpflichtet. Bund und Land sollen nach Kreisky den Löwenanteil der Verluste des Niklasdorfer Werkes decken. Der Leykam-Konzern gehört bekanntlich der CA, einer verstaatlichten Bank. Diese hat ein gewaltiges Imperium, eine Menge Industriebetriebe unter ihrer direkten oder indirekten Kontrolle. Leykam hat sie unter direkter Kontrolle.

In Niklasdorf hat es sich von Anfang an um ein Manöver des Finanzkapitals gehandelt. Ausstechen der Konkurrenz war das oberste Ziel des Niklasdorf-Manövers der CA. Jetzt war die Lage reif für die Schließung, die schon seit langem betrieben wurde. Der Widerstand der Arbeiter, der Kampf gegen die Schließung war kein Kampf gegen das ökonomisch Unsinnige. Als solcher hätte er tatsächlich keine Chance gehabt. Es ist ein Kampf gegen ein Sanierungsmanöver des Finanzkapitals und auf jeden Fall gerechtfertigt.

Es ist auf jeden Fall ein großes Zugeständnis der Regierung, wenn sie so hohe Teile der Verluste übernimmt, nämlich ein Drittel der Bund und ein Drittel das steirische Land. Die Niklasdorfer können die Regelung deswegen nicht ablehnen. Aber dieser Kompromiß war keinesfalls gerechtfertigt. Die Regelung steht zwar noch immer den Sanierungsabsichten der CA entgegen. Aber sie macht der CA die Sache doch leichter. Auf diese Weise sind es die Volksmassen, die sich den "Erhalt der Arbeitsplätze selber finanzieren", nämlich mittels der Steuern. Das Weiterführen des Werkes in Niklasdorf schmälert zwar die Profite der Leykam und die Revenue der CA. Mag sein. Dem stehen die Interessen der Bevölkerung entgegen und solang sie durchgesetzt werden können, auch bei Profitschmälerung, muß auf jeden Fall für sie gekämpft werden.

Natürlich läßt die jetzt erzielte Regelung einiges nach wie vor offen. So ist der Erhalt von loo Arbeitsplätzen in der Zelluloseproduktion noch gefährdet. Darüber soll ein "Gutachten" entscheiden. Auch die Schließung dieser Abteilung muß möglichst hinausgezögert werden.

Die Kapitalisten werden versuchen, sich schadlos zu halten. Mit der Schließung der Zelluloseproduktion soll eine Dezimierung der Belegschaft überhaupt eingeleitet werden. Auf diese Weise wird die CA versuchen, die drei Jahre so gut als möglich zu überstehen, mit Antreiberei, Steigerung der Ausbeutung, usw. Es wäre ganz falsch, dies hinzunehmen, bloß weil der Arbeitsplatz erhalten geblieben ist. Er ist das ohnedies nur auf vage drei Jahre. Und gesteigerte Knochenauspressung, die die Arbeitskraft auslaugt und ruiniert ist nicht wettzumachen. Wenn der Betriebsratsobmann Marak nach der Regelung meinte, "wir werden nun zu beweisen haben, was wir können", so sollte er weniger die Belegschaft in falsche "Dankbarkeit" treiben. Was die Niklasdorfer können, das haben sie gezeigt, ist, sich für ihre Interessen einsetzen.

Steiermark: Jahresproduktion in Tonnen	1969	1979
Papier	293.000	360.000
Pappe	55.600	175.000
Holzstoff	119.500	104.700
Zellstoff	214.600	333.000
Beschäftigte		
Arbeiter	5.230	4.174
Angestellte	919	954


"Erst jetzt, nach der Blockade kommen Sie daher":
Die Arbeiter zu Chemiegewerkschaftsvorsitzendem Teschl



WICHTIGE BESCHLÜSSE DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

WESTSAHARA

Die Vollversammlung der UNO bekräftigte das Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sie sprach sich außerdem für eine Zusammenarbeit mit der OAU aus, die bereits Schritte zur Lösung der Westsaharafrage eingeleitet hat.

OSTTIMOR

Mit 58 Prostimmen bei 35 Neinstimmen und 46 Enthaltungen hat die Vollversammlung das Recht des Volkes von Osttimor auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bekräftigt und die Besetzung des Landes durch Indonesien im Jahre 1976 verurteilt.

Die UNO unterstützt den von der FRETILIN geleiteten Kampf für ein unabhängiges und freies Osttimor.

AZANIA(SÜDAFRIKA)

Mit 120 Prostimmen bei 18 Gegenstimmen und vier Enthaltungen verurteilte die Vollversammlung Apartheid und Rassismus in Südafrika. Die USA nahmen nicht an der Abstimmung teil, Österreich stimmte dagegen und nahm die Rassisten in Schutz!

BEWAFFNETE PLO-AKTIONEN IN ISRAEL

Innerhalb der letzten drei Monate führten bewaffnete Einheiten der PLO 33 Aktionen im besetzten Israel durch. Ende Oktober wurde ein Militärlager an der Straße Jerusalem - Tel Aviv und eines bei Ramat Gan gesprengt. Bei einem Handgranatenangriff auf ein israelisches Militärfahrzeug bei Hebron wurden einige Besatzungssoldaten verwundet.

EIN BEISPIEL VON SELBSTENTLARVUNG

Ein aufschlußreiches Nachspiel hatte der mutige Auftritt des afghanischen UNESCO-Beamten Paktiawal, der in Beograd auf der UNESCO-Tagung die Sowjetunion scharf verurteilt hatte und anschließend in der BRD um politisches Asyl ansuchte. Die eilig nachgeschickte "Reserve" aus Kabul beantragte die Streichung der Paktiawal-Rede aus dem Protokoll, weil dieser per Telegrammbeschluß sofort abgesetzt worden sei. Das wurde aber nicht anerkannt. So kam sowohl die Rede als auch der offizielle Protest des Karmal-Regimes in das Protokoll, was für die Sozialimperialisten äußerst entlarvend ist.

Die Fluchtbewegung unter diplomatischen Kreisen und der Beamtenschaft in Kabul nimmt inzwischen weiter zu. Außenhandelsminister Abdel und TV-Direktor Nurzai sind nach Pakistan geflohen, drei Mathematikprofessoren und der Chefarzt der afghanischen Luftfahrgesellschaft haben das Land verlassen.

ABKOMMEN ZUR ZUSAMMENARBEIT IN INDUSTRIE UND TECHNIK ZWISCHEN ÖSTERREICH UND CHINA UNTERZEICHNET

Am 5.11. wurde in Wien ein zehn Jahre laufendes Abkommen zur ökonomischen, technischen und industriellen Zusammenarbeit zwischen der VR China und Österreich abgeschlossen. Der Schwerpunkt soll auf den Gebieten des Maschinenbaus, der Montanistik, der Metallurgie, der Petrochemie, der elektronischen Industrie, der Bau- und Lebensmittelindustrie sowie der Land- und Forstwirtschaft liegen.

Von chinesischer Seite nahm Außenhandelsminister Li Qiang an der Unterzeichnung teil, anschließend tagte die 1974 gegründete gemischte österreichisch-chinesische Handelskommission.

Honecker-Besuch: Österreich unterstützt DDR und Sowjetimperialismus

Staatsratsvorsitzende Erich Honecker Österreich. Er führte Gespräche mit Bundeskanzler Kreisky, mit Bundespräsident Kirchschläger, er besuchte Oberösterreich und Salzburg und erteilte der VOEST-Alpine AG nach einem Besuch ihres Linzer Werks einen 12 Milliarden-Auftrag. Die VOEST soll in Eisenhüttenstadt ein Stahlwerk mit einem jährlichen Gesamtausstoß von 2,5 Millionen Tonnen errichten.



Honecker folgte eine DDR-Militärdelegation, die sich für österreichische Panzer interessierte...



Treffen die Oberhäupter von zwei imperialistischen Staaten zusammen, so erhebt sich immer die Frage wer jeweils dem anderen seinen Willen aufzwingen, wer jeweils den anderen für seine Ziele einspannen konnte.

Die österreichische Presse hat den Honecker-Besuch vor allem so dargestellt, als ob hier die international isolierte, an Kapital und Know-how arme DDR untertänigst um Hilfe ersucht habe, die ihr schließlich von Österreich - aus der Position der Überlegenheit heraus - auch großzügigerweise und nicht zum eigenen Nachteil gewährt worden wäre.

Oberflächlich betrachtet mag tatsächlich der Eindruck entstanden sein, als sei österreichisches Kapital nun verstärkt in die DDR eingedrungen, als habe das österreichische Kapital auf seinem Weg der Einflußnahme in Osteuropa einen Schritt vorwärts gemacht.

Sieht man bloß das abgeschlossene Geschäft, dann sieht man auch bloß, daß sich die DDR an Österreich stärker verschuldet hat und somit stärker vom österreichischen Kapital abhängig geworden ist. Doch dieser Eindruck trügt.

Bereits eine ganz andere Sprache sprechen die Tischreden, die die beiden Potentaten bei einem ersten Zusammentreffen in der geheimen Ratsstube der Wiener Hofburg hielten, sowie das gemeinsame Kommuniqué.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Honecker-Besuch zu einem Zeitpunkt stattfand, wo die Verbrechen des DDR-Oberherrn, der imperialistischen Sowjetunion in der Welt auf immer einmütigere Ablehnung stoßen, wo der wahre Kern der sogenannten "Entspannung" sich immer weniger verschleiern läßt und wo aber auch die UdSSR zusammen mit ihren Ostblockvasallen auf das Anwachsen der internationalen antihegemonistischen Front mit Frechheit und Zynismus reagieren.

Zu diesem Zeitpunkt also, ließ der österreichische Präsident in der Wiener Hofburg folgende Bemerkungen fallen: "Europa ist als Folge von außereuropäischen Ereignissen und innereuropäischen Entwicklungen... von einem vorsichtig fortschreitenden Entspannungsprozeß in die Nähe eines Spannungszustandes gekommen, der sich zwar noch von den vielen, ja allzuvielen Krisenherden der Welt positiv abhebt, aber doch in seinen Konsequenzen und Gefahren nicht unterschätzt werden darf... Gerade in einer solchen Zeit scheint mir das Gespräch notwendiger denn je, denn Mißtrauen läßt sich nur in persönlichen Kontakten, vereint mit überzeugenden Maßnahmen abbauen. ...Die europäische Funktion der immerwährend neutralen Republik Österreich ist, ein Land der Begegnung zu sein und seine Tore bewußt offen zu lassen. Von hier aber klingen vielleicht auch gelegentlich manche Worte anders, als sie im strengen Gegenüber der Paktsysteme zu klingen vermögen." Mit keinem einzigen Wort streifte Kirchschläger gegenüber Honecker, dessen internationale Vertreter in den letzten Jahren sämtliche Aggressionen der UdSSR gegen friedliebende Völker gutgeheißen, gerechtfertigt und propagiert haben, das eigentliche Problem in der internationalen Entwicklung. Kein Wort über Afghanistan, kein Wort über Kampuchea, kein Wort über die sowjetische Bedrohung in Asien, Afrika und Europa. Statt dessen Genugtuung darüber, daß es gottlob in Europa friedlich zugehe und daß alles getan werden müsse, um diesen Zustand aufrechtzuerhalten.

Kein Wort verlor Kirchschläger gegenüber seinem DDR-Partner auch darüber, daß die DDR-Politik der Verewigung der Spaltung des deutschen Volkes ein himmelschreiendes Unrecht ist und daß es sich bei der DDR um eines von Europa bestorganisierten Völkergefängnissen handelt. Statt dessen die servile Bemerkung: "Wenn sie an die Richtigkeit ihres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems glauben und wir unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mit tiefer Überzeugung für das richtige und beste halten - und beide tun wir dies - dann ist gerade aus diesen festen gesellschaftspolitischen Positionen heraus eine sehr weitgehende kompetitive Zusammenarbeit auf allen Ebenen des persönlichen und staatlichen Lebens möglich. Ich bin aufrichtig davon überzeugt, daß wir im Verkehr über die gesellschaftspolitischen Grenzen hinweg noch keineswegs alle jene Möglichkeiten völlig genützt und ausgelotet haben, die uns die friedliche Koexistenz - auch in ihrer Interpretation - ebensowenig wie die Schlußakte von Helsinki anbieten."

Angesichts dieser Worte zeigte sich Honecker zutiefst befriedigt. In seiner Tischrede zeigte er eine besorgniserregende Anzahl von Gemeinsamkeiten in der Haltung der österreichischen und der ostdeutschen Regierung auf, wie: "Für sehr wesentlich halten wir, daß unsere beiden Staaten der Wille und die Überzeugung einen, alles zu tun, damit die Völker heute und morgen in Frieden und Sicherheit leben". Oder: "Ich teile ihre Meinung darüber, daß sich die internationale Lage in besorgniserregender Weise verschlechtert hat. Die Ursachen dafür sind bekannt. Die Entschärfung der internationalen Situation ist dringend notwendig... Die Republik Österreich leistet im Sinne ihrer Worte einen Beitrag, den wir außerordentlich hoch schäzzen". Es folgte eine Aufzählung sämtlicher demagogischer UdSSR-Vorschläge zur Friedenssicherung, wie: "Rüstungsbegrenzung", "Reduzierung der Kernwaffen", "Memorandum der Sowjetunion an die UN-Vollversammlung", "SAL-II", "Genfer Abrüstungsausschuß", "MBFR", usw. usf. Die gegenseitige Übereinstimmung hielt Honecker anscheinend für so weitgehend, daß er sich (in puncto MBFR-Gespräche) zur Bemerkung verpflichtet sah: "Die Staaten des Warschauer Vertrages werden es auch weiterhin an konstruktivem Geist und entsprechender Mitwirkung nicht fehlen lassen". Honeckers Rede erweckte jedenfalls den Eindruck, als sei sie direkt im Kreml verfaßt worden. Es gelang ihm, daß Bild einer angespannten Situation, eines bedrohten Friedens zu zeichnen, ohne auch nur mit einem Wort darüber zu reden, von wem diese Entwicklung ihren Ausgang genommen habe.

Insgesamt kann man über die Reden sagen, daß zuerst Kirchschläger in äußerst serviler Weise einige Äußerungen zur internationalen Lage zum besten gab, die davon geprägt waren, keinesfalls auf den Widerspruch des Gegenübers zu stoßen, während Honecker in frecher Art dann, die weitgehenden Gemeinsamkeiten in den Ansichten "feststellte".

Im gemeinsamen Kommuniqué wurde dies dann besonders deutlich:Dort ist die Rede von "tiefer Besorgnis über die Weiterbestehen (!) von Konflikts- und Spannungsherden" und davon, daß es, nötig ist, daß "von allen Seiten Bemühungen unternommen werden, um der Verschlechterung der internationalen Lage entgegenzuwirken, das Wettrüsten zu beenden und die Fortführung der Entspannung und des KSZE-Prozesses zu sichern". Wie zum Hohn findet sich im Kommuniqué gar noch eine Passage, in der es heißt: "Beide Staatsoberhäupter betonten die große Bedeutung der Organisation der Vereinten Nationen und brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Bemühungen um eine Stärkung dieser Organisation als universelles und unersetzbares Instrument des Friedens und der Sicherheit in der Welt...fortzusetzen". Ein gemeinsames Bekenntnis zur UNO, mit einem Land, daß nun schon seit Jahren entgegen eindeutigen und von überwältigenden Mehrheiten festgelegten UN-Beschlüssen handelt.

Sämtliche politische Aussagen der Ergebnisse des Honecker-Besuchs beweisen jedenfalls, daß hier nicht Österreich die DDR zu etwas gebracht hat, sondern umgekehrt. Österreich hat in diesem Kommuniqué eine Blankounterschrift unter die Politik der Sowjetunion, als deren Sprachrohr Honecker fungiert und in unser Land gekommen war, abgegeben.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch der Auftrag der DDR an die VOEST-Alpine betrachtet werden. Um diesen Auftrag hatte es Konkurrenz zwischen BRD-, französischen und japanischen Firmen gegeben. Nachdem die ostdeutsche Entscheidung, den Auftrag nach Linz zu vergeben bekannt wurde, gab es neben enttäuschten Reaktionen der Konkurrenz auch politische Kritik. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Abschluß des 12 Milliarden-Projekts in einer Zeit vor sich gegangen sei, wo der Handel des Westens mit dem Ostblock gewissen Einschränkungen unterliege und es wurde auch auf den Zusammenhang zwischen den "politischen Gemeinsamkeiten" und der Auftragsvergabe hingewiesen.

Konkret verhält es sich mit dem Projekt so: Es wurde festgelegt, daß die VOEST in Eisenhüttenstadt ein Stahlwerk errichten wird. Sonst nichts. Die Finanzierung ist ungeregelt. Die DDR hat gegenwärtig bei der österreichischen Kontrollbank einen Rahmenkredit von etwa 17 Milliarden Schilling, der ungefähr zur Hälfte ausgeschöpft ist. Inoffiziell ließ die Kontrollbank verlauten, daß es nichts gäbe, was gegen eine Aufstockung dieses Rahmenkredits auf etwas über 20 Milliarden spreche. Damit würde der Auftrag an die VOEST mit österreichischem Kapital finanziert.

Was die Rückzahlung betrifft, so wurde seitens der VOEST bereits erklärt, daß sie bereit sei, von der DDR umfangreiche Kompensationslieferungen an Zahlung statt zu nehmen. Dies sind Bedingungen, die die DDR bei den drei Konkurrenten nicht gehabt hätte und die in der Summe den Auftrag an die VOEST günstiger machten, obwohl die VOEST nicht der Billigstbieter war. So gesehen, stellen auch die Vorgänge rund um den VOEST-Auftrag gewaltige Konzessionen an die DDR dar und ist der Nutzen, den das österreichische Kapital aus dem Geschäft zu ziehen gedenkt zweifelhaft.

Dazu kommen aber noch die politischen Dimensionen des Geschäfts. In der Sowjetunion, die fieberhaft für den nächsten Weltkrieg rüstet, herrscht Kriegsproduktion. In den Vasallenstaaten der Sowjetunion ist es nicht anders. Stahl für den Ostblock - das ist in erster Linie Stahl für sowjetische Kanonen und Panzer. Bereits Polen ist mit über 20 Milliarden Schilling an Österreich verschuldet. Nun soll die DDR bis zur gleichen Höhe aufgepäppelt werden. 12 weitere Milliarden werden in die russische Kriegsproduktion gesteckt, als Zahlung dafür werden Produkte genommen, deren Absatz für die Lieferanten sonst ohnehin zum Problem würde. Die Alternative zu dieser Art Kompensationsgeschäft wäre die Gewährung weiterer Kredite und die weitere Forcierung der Rüstungshilfe für den Ostblock - denn Bargeld ist aus dem Osten nur schwer zu bekommen.

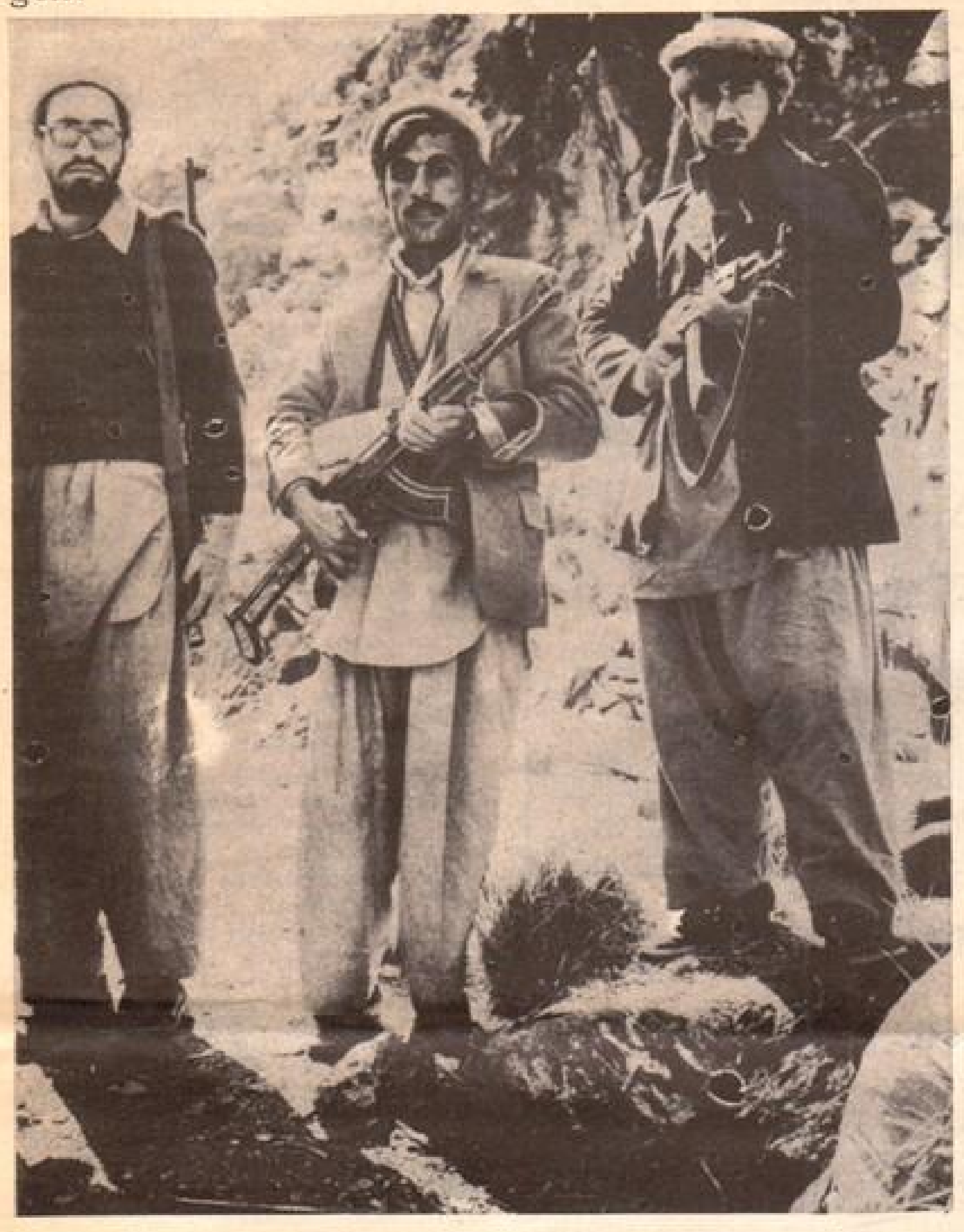
Im gleichen selbstgefälligen Stil, dessen sich die österreichische Presse während des Honeker-Besuchs befleißigte, erklärte Staatssekretär Nußbaumer nach dem Geschäftsabschluß, der Auftrag sei ein Dank der DDR, daß Österreich Honecker im Westen salonfähig gemacht habe, womit er offenbar darauf anspielte, daß der Österreich-Besuch Honeckers erster Staatsbesuch in Westeuropa war.

Tatsächlich ist aber - alles zusammengenommen - das Gegenteil geschehen. Der Auftrag ist kein Dank der DDR an Österreich, sondern einen Unterstützung der DDR - und damit der Sowjetunion - durch Österreich.

So ist auch der Honeckerbesuch ein weiterer Schritt der österreichischen Regierung als Handlanger der Sowjetunion.(gf)

Afghanistan-Resolution: politische Niederlage der UdSSR

Vor elf Monaten forderten 104 Staaten auf der damaligen UNO-Vollversammlung den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Am 20. November 1980 waren es um sieben mehr, und Moskaus Lager wurde schwächer. Inzwischen versuchte die Sowjetunion, durch Verstärkung ihrer militärischen Präsenz ihre Kontrolle über die wenigen Städte hinaus auszudehnen und mittels Flächenbombardements, Napalm und Einsatz grosser Panzerverbände den breiten Widerstand des afghanischen Volkes zu brechen. Dies ist nicht gelungen, und der Marionettenregierung von Babrak Karmal wurde immer mehr Boden entzogen.



Pakistan hat im Kampf gegen die sowjetische Aggression gegen Afghanistan auch die Führung unter den Ländern der blockfreien Staaten übernommen. Dazu erläuterte Zia Ul Haq in einem Interview:

"Was eine Lösung betrifft, so ist es notwendig, eine politische Lösung zu finden. Allerdings mit bestimmten Bedingungen. Eine Lösung muß den vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan enthalten und die Rückkehr der 1,2 Millionen Flüchtlinge, die jetzt in Pakistan sind, und sie muß ferner beinhalten, daß das afghanische Volk sich eine solche Regierung geben kann, wie es sie wünscht. Bis dahin werden wir daran festhalten, ihm moralische Hilfe zu geben. Wir sollten dem Freiheitskampf überhaupt soviel moralische Unterstützung geben, wie wir können, denn der gesamte Widerstand, alle Kämpfe für dieses Ziel, finden in Afghanistan statt.

Die Flüchtlinge sind die direkte Folge der sowjetischen Aktionen in Afghanistan nach dem Sturz des Präsidenten Daud und der Einsetzung des verstorbenen Präsidenten Taraki (April 1978). Es war mit dem Beginn dieser Zeit, daß die Flüchtlinge zu uns kamen. Sie (Taraki und andere) wollten ein anderes System in Afghanistan installieren. Afghanistan ist ein islamischer Staat und ein blockfreier dazu. Es hat sein eigenes System und seine eigene Kultur. Diese wurde jedoch zerstört, und als Resultat verließen die Menschen ihre Häuser und Herden und kamen nach Pakistan.

Ihre Anzahl war jedoch noch nicht so groß. Dann, plötzlich, sahen wir russische Truppen von 80.000 Mann in Afghanistan einmarschieren und Tausende von Flüchtlingen kamen nach Pakistan. Heute sind es 1,2 Millionen. (...) Nach dem vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen und der Wiederherstellung einer friedlichen Umgebung in Afghanistan ... werden diese Flüchtlinge in Ehre und Sicherheit zurückgehen können.

Die Sowjetunion und ihre Anhänger scheuten auch weder Mühe noch Worte, um den Eindruck zu erwecken, nicht ihre Streitkräfte seien die Aggressoren, sondern von China und den USA unterstützte "Konterrevolutionäre". Doch die ökonomische und politische Unterwerfung Afghanistans durch die Sowjetunion hat eine mehr als zwanzigjährige Geschichte. In diesen Jahren ist der Widerstand des afghanischen Volkes gewachsen. Der politische und bewaffnete Widerstand begann Jahre vor der Invasion sowjetischer Truppen Ende letzten Jahres. Mit der Unterstützung vor allem der Dritten Welt kann die Militärmacht Sowjetunion des Widerstands auch heute nicht Herr werden. Ihre Lügen darüber müssen in sich zusammenbrechen.

PAKISTAN UNTERSTÜTZT ENTSCHLOSSEN DEN AFGHANISCHEN WIDERSTAND

Pakistan ist nicht nur Nachbarland Afghanistans, sondern zugleich ein Zielobjekt der sowjetischen Aggression. Auf dem Weg zur Einkreisung Europas und zur Weltherrschaft ist für die Sowjetunion unter anderem der Zugang zum Indischen Ozean von strategischer Bedeutung. Diesen Zugang kann sie sich über die Abtrennung von Teilen Pakistans im Süden Afghanistans verschaffen.

Doch die Sowjetunion "hat sich in dreifacher Hinsicht verrechnet", sagte vor kurzem der pakistanische Präsident Zia Ul Haq. "Die Sowjetunion hat vermutlich nicht mit der Entschlossenheit und der Widerstandskraft der lokalen afghanischen Bevölkerung gegen ihre Aggression gerechnet. Die Sowjets haben des weiteren mit der Reaktion Pakistans gerechnet und haben schließlich die Reaktion der Welt vollständig unterschätzt".

DIE DERZEITIGEN MILITÄRISCHEN AKTIONEN DER SOWJETUNION

Nach vorliegenden Berichten konzentrieren die Sozialimperialisten ihre militärischen Aktionen auf den Raum um die Hauptstadt Kabul und den Nordosten. Nach einer Ankündigung des "Verteidigungs"-ministeriums sollen "gemeinsame sowjetisch-afghanische Manöver" stattfinden. Die Versorgungsflüge sowjetischer Großraumtransporter hätten sich verstärkt. Offensichtlich sind die Sowjets dazu übergegangen, nicht nur mutmaßliche Stützpunkte der Freiheitskämpfer auf dem Lande zu bombardieren, sondern mit Luftlandetruppen systematisch Dörfer und Täler zu durchkämmen. Dabei werde auch nach jungen Wehrpflichtigen gefahndet, die sich der Einberufung in die afghanische Armee entzogen haben. Der Zerfall der afghanischen Armee zwingt die prosowjetische Regierung Karmal zu Zwangsrekrutierungen zu greifen. Ganze Schulklassen sollen in die Kasernen gebracht worden sein und nach kurzer Grundausbildung als "revolutionäre Freiwilligentrupps" gegen die Widerstandskämpfer eingesetzt worden sein.

In und um Kabul wird weiter gekämpft. Die Versorgungslage in der Hauptstadt verschlechtert sich weiter. Die Stromabschaltungen werden häufiger.

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind dabei, die Wakhan-Landzunge im Nordosten Afghanistans zu annektieren. Wie die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur meldet, haben sie in großem Maßstab Militärverbände aus der angrenzenden Tadschikischen SSR in das ebenfalls von Tadschiken bewohnte Gebiet eingeschleust und bauen die Verkehrsverbindungen in die SU aus. Mit der Annexion Wakhans schaffen sich die russischen Sozialimperialisten eine direkte Grenze zu Pakistan. (güst)

KSZE-Nachfolgekonferenz: wenig Spielraum für Entspannungsreden

Mit großem Trara war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 zu Ende gegangen. Dort überwog noch die Einigkeit der Supermächte und der anderen Imperialisten, den Völkern Entspannungsillusionen aufzutischen. Auf der Belgrader Nachfolgekonferenz sah es dann schon nicht mehr so rosig aus: Die Widersprüche hatten sich verschärft, für eine Entspannungskonferenz blieb nur noch wenig Raum. Diesmal hatte es schon auf dem Vorbereitungstreffen im Mai schwere Auseinandersetzungen gegeben. Die Sowjetunion wehrte sich gegen die Behandlung des Korb 5 (Menschenrechtsverletzungen) und dagegen, die Afghanistanfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Bis zum Beginn der Konferenz war unklar, wie sie überhaupt durchgeführt werden kann. Vom früher vielbeschworenen "Geist von Helsinki" ist selten die Rede. Nachdem die österreichische Delegation einen "Kompromiß" vorgeschlagen hatte, der in Wirklichkeit der Sowjetunion sehr entgegenkommt, ist nun die erste Runde, Reden der verschiedenen Vertreter der Regierungen einschließlich der der USA, über die Bühne gegangen. Die Sozialimperialisten sind dabei schwer unter Beschuß gekommen.

Die Sowjetunion, die seit Helsinki immer brutaler ihre Weltherrschaftsgelüste in die Tat umsetzt und Aggressionen am laufenden Band verübt, hat erwarten müssen, daß sie angegriffen wird. "Gewisse Leute", donnerte Breschnew schon vor der Konferenz bei einem Staatsbesuch in Finnland, "wollen die Konferenz in ein Forum für billige Propaganda und demagogische Reden verwandeln", aber "wir werden solchen Versuchen energisch entgegentreten." Er hoffe auf erfolgreiche Entscheidungen, vor allem bezüglich einer Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa. Diese Rede zeigt, daß die Sozialimperialisten zwar weiterhin großes Interesse am Entspannungsschwindel haben, aber daß sie keine Konferenzen wünschen, die sich in ein Anklageforum gegen ihren Hegemonismus verwandeln könnten, wie es zur Zeit in der UNO-Vollversammlung geschieht.

Die Sowjetunion braucht aber auch einen westlichen Entspannungspartner. Während sich Regierungsvertreter anderer westlicher Staaten in ihren Reden gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans wandten und die Sowjetunion warnten, war die Rede des österreichischen Außenministers ganz im Sinne der Sowjetunion. Mit dem üblichen Hinweis, daß er die Entspannung für "unteilbar" halte, alle Kritik, Pahrs Rede könnte in Moskau geschrieben worden sein, "entkräftigend", erging sich der Außenminister dann in Gejammer über den kranken Helsinki-Geist. Die wichtigste Aufgabe sei es zur Zeit, den KSZE-Prozeß am Leben zu erhalten, man sei an der "Grenze der Entspannung" angelangt, jenseits der der "kalte Krieg" wieder beginnen würde, es gebe nur die Alternative "Entspannung oder alle werden Verlierer" (Arbeiter-Zeitung, 17.11.). Daß die Entspannung allen Vorteile gebracht hätte, ist eine glatte Lüge. Sie hat nur der Sowjetunion Vorteile gebracht, die ungestörter Hegemonismus betreiben konnte. Ebenso dürftig wie den Ambitionen der neuen Zaren entgegenkommend sind Pahrs konkrete Vorschläge für die Konferenz: Österreich unterstütze eine europäische Abrüstungskonferenz, wolle intensivere Zusammenarbeit auf dem Energiesektor (Einbindung des Westens in das COMECON-Verbundnetz und das Erdgasnetz) sowie die "Erleichterung der Arbeit der Journalisten sowie besseren Informationsaustausch".

Ob eine zielgerichtete Arbeit in den Kommissionen überhaupt zustandekommt, ist unter den heutigen Umständen sehr fraglich. Wichtiger sind die Aktivitäten am Rande der Konferenz: ein Treffen sowjetischer Oppositioneller in Madrid, eine Demonstration und Massenveranstaltung am 9.11. in Stockholm zur Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan und zur Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetunion. (gm)

SI-Tagung in Madrid

Kreisky nimmt Hegemonisten in Schutz



"Die Sozialistische Internationale ist derzeit das einzige Forum in der Welt, bei dem Vertreter so vieler verschiedener Länder und Strömungen in Freiheit miteinander reden können", schwärmte Kreisky nach seiner Rückkehr vom SI-Treffen in Madrid. Diese Konferenz konnte sich allerdings - nach Protest des israelischen Vertreters - nicht auf eine PLO-Anerkennung einigen. Ansonsten, wie könnte es anders sein, war die "Gefährdung der Entspannungspolitik" das Hauptthema. Man trat für eine Ratifizierung von SAL-II sowie für eine europäische kernwaffenfreie Zone ein. Die Unterstützung der SI für die Beschwörer der Entspannung auf der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz war der unübersehbare Hauptzweck des Treffens.

Bemerkenswert ist die Kreisky-Rede in Helsinki, wegen ihrer offen prosowjetischen Tendenz. Noch einmal beschwor Kreisky das Treffen Carters mit Breschnew in Wien vor eineinhalb Jahren, um dann festzustellen: "Die weltpolitische Situation hat sich total verändert". Zu Afghanistan hat Kreisky nur den denkwürdigen Satz parat: "Die militärischen Aktionen der Sowjetunion gegen Afghanistan haben zu einer Versteifung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Verbündeten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite geführt." Dafür wird fest auf den Iran gehetzt, und wird die Sowjetaggression auf eine Stufe mit dem Grenzkonflikt zwischen dem Iran und dem Irak wie mit der iranischen Geiselfrage gestellt.

Den Kampf der polnischen Arbeiterklasse will Kreisky zu einem "Kampf der Arbeiter um eine gerechteren Arbeitsertrag" ummünzen und ihm jegliche politische Bedeutung absprechen. "Ein gerechter Lohn für ein gerechte Tagewerk" - über diese reformistische Phrase ist bereits Karl Marx hergezogen, der nachwies, daß es letztlich um den Kampf gegen das kapitalistische Lohnsystem gehen muß. Gerade die Tatsache, daß die polnische Arbeiterbewegung an den Grundfesten der staatskapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu rütteln begonnen hat, ist so bedeutungsvoll. Aber Kreisky sagt noch mehr zu Polen: Keine Einmischung, denn das wäre das Ende der Entspannungspolitik! Sofort erinnert man sich daran, daß während der großen Streiks in Gdansk es Benya und andere sozialistische Gewerkschaftler ablehnten, Polens Arbeiter auch materiell zu unterstützen - Nichteinmischung war die Rechtfertigung. Kreisky redet lang und breit von Nichteinmischung, ohne mit einem Wort die sowjetische Militärpräsenz und den dauernden sowjetischen Druck auf Polen auch nur zu erwähnen.

In anderen Fragen scheint aber Kreisky doch für Einmischung und Engagement zu sein. Er verurteilte die türkische Militärregierung und verglich sie mit der Dollfuß-Diktatur in Österreich, eine geradezu unglaubliche Provokation! Er verwahrte sich gegen jede amerikanische Einmischung in Südamerika, ohne auf den wachsenden sowjetischen Einfluß dort einzugehen, und ließ sich in das sogenannte Nikaragua-Komitee wählen, um einen Staat zu loben, der zunehmend unter sowjetischen Einfluß gerät und international bereits Handlangerdienste für die Neuen Zaren leistet (z. B. in UNO-Abstimmungen). Und er versuchte wieder einmal Illusionen in die israelische Arbeiterpartei zu wecken, deren Wahlsieg im nächsten Jahr angeblich den Frieden bringen könnte. Dafür verzichtete Kreisky sogar darauf, in der SI die Anerkennung der PLO durchzubringen.

Inschutznahme der sowjetischen Hegemonisten, Angriffe auf die USA, Engagement für den "Testfall Nikaragua" - Kreisky trug mit seiner Rede dazu bei, die SI zu einer Reserve des Sozialimperialismus zu machen. (gm)

TREFFEN VON EG UND ARABISCHEN STAATEN MITTE 1981

Mitte 1981 wird eine Außenministerkonferenz der EG und der arabischen Staaten stattfinden, die die engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staatengruppen zum Thema haben soll. Auf einer vorbereitenden Konferenz in Luxemburg nahm auch die PLO teil und stellte mit Ahmad al Dajani einen Vorsitzenden.

Die arabischen Vertreter verlangten von den EG-Staaten die rasche Anerkennung der PLO sowie Maßnahmen gegen den Zionismus.

LIBYEN DIPLOMATISCH ISOLIERT

Die Isolation Libyens, das für die Sozialimperialisten eine Handlangerrolle spielt, nimmt zu. Nach Saudiarabien haben nun auch Gambia und Ghana ihre diplomatischen Beziehungen zum Ghadaffi-Regime abgebrochen. Begründung: Die libyschen Diplomaten mißbrauchen ihren Status zu Einmischung und Wühlarbeit.

SOWJETUNION HAT MOZAMBIQUE WIRTSCHAFTLICH IM GRIFF

Von 1977 bis 1979 hat sich das Handelsvolumen zwischen Mozambique und der Sowjetunion vervierfacht, von 8,2 auf 33,2 Millionen Dollar. Die Sowjetunion setzt alles daran, Mozambique noch stärker in wirtschaftliche Abhängigkeit zu zwingen. Ein Vertreter Mozambiques nahm an der 34. COMECON-Tagung in Prag teil, um eine Mitgliedschaft im COMECON zu prüfen. Nach dem Verlust der ägyptischen Baumwollplantagen will die Sowjetunion nun in Mozambique ins Baumwollgeschäft einsteigen. Ebenso liefert sie auch eine Traktorenmontagefabrik.

AUSTRALIEN ANERKENNT HENG SAMRIN NICHT

Gegenüber bestimmten gegenteiligen Äußerungen australischer Politiker stellte der australische Außenminister Street nun eindeutig klar, daß für Australien eine Anerkennung des Marionettenregimes von Heng Samrin nicht in Frage komme. Street betonte, die australische Regierung werde alles unternehmen, um der UNO-Resolution praktisch zum Durchbruch zu verhelfen.

Derzeit bereist Street verschiedene ASEAN- Staaten, um die Politik zu koordinieren.

EINSTELLUNG DER INTERNATIONALEN NAHRUNGSMITTELHILFE AN PHNOM PENH?

Wie die Neue Zürcher Zeitung am 4. 11. aus Bangkok berichtet, wollen die internationalen Hilfsorganisationen ab Dezember keine Nahrungsmittellieferungen an Phnom Penh durchführen, da sich Kampuchea mehrere Monate eigentlich selbst erhalten können müßte. Nur die Flüchtlinge an der thailändisch-kampucheanischen Grenze sollen so wie bisher unterstützt werden.

Das internationale Rote Kreuz will 1981 überhaupt nur mehr Medikamente liefern, und diese auch nur bis mindestens Mitte des Jahres, sofern das Personal grössere Bewegungsfreiheit eingeräumt bekommt. Eine FAO-Delegation hielt sich in Phnom Penh auf und gab am 19. November in New York Bericht vor den Geberstaaten. Es ist nicht anzunehmen, daß in diesem Bericht nicht wieder für 1981 Nahrungsmittellieferungen an die Marionetten in Phnom Penh gefordert werden. Immerhin drückt sich in der Stellungnahme des Internationalen Roten Kreuzes endlich ein Mißtrauen gegen die Verwendung der Güter zu fremden Zwekken aus. Selbst das hat es noch vor nicht allzulanger Zeit nicht gegeben.

Regierungskommuniqu'e des Demokratischen Kampuchea

Ziele des Widerstandskriegs in der abgelaufenen Regenzeit erreicht

Am 19. Oktober gab der Verteidigungsminister des Demokratischen Kampuchea, Son Sen, einen Überblick über die Kampftätigkeit gegen die vietnamesischen Besatzer. In der Zeit von Anfang Mai bis Ende September wurden 68.112 vietnamesische Besatzungssoldaten getötet oder verwundet und das gesteckte Ziel von 50.000 somit übertroffen. "An der Front liegen die vietnamesischen Soldaten jetzt in ihren Stellungen, die alle umgeben sind von Minenfeldern und Fallgrubensystemen".

Folgende Punkte hebt das Verteidigungsministerium am Ende der abgelaufenen Regenzeit hervor: Im Gegensatz zum Beginn 1979 kann die Le-Duan-Clique keinen großangelegten Krieg mehr führen, im allgemeinen benutzt er nur mehr Gruppen- oder Abteilungsstärke für Aufklärung und Überraschungsüberfälle. Die meisten Ausrottungskampagnen gegen das kämpfende kampucheanische Volk werden nur mehr mit Battaillonsstärke durchgeführt, weniger als 10 mit einem oder zwei Regimenter und nur mehr zwei mit einer bzw. zwei Divisionen (10.000 Mann). Ein weiterer Aspekt der geänderten Situation ist, daß Vietnam 1979 schon vor dem Ende der Regenzeit mit großangelegten Offensiven im Nordosten, im Zentralgebiet und im Westen begann - 1980 aber nicht mehr die Initiative dazu hat.

Nach über eineinhalb Jahren des Überlebenskampfes kann Son Sen jetzt feststellen: "Die vietnamesischen Aggressoren haben keine Möglichkeiten mehr, Armee und Kämpfer des Demokratischen Kampuchea zu vernichten, und sie sind in unlösbare Schwierigkeiten in militärischer, politischer und auch diplomatischer Hinsicht verstrickt. In Vietnam selber sind sie an einem toten Punkt angelangt in Wirtschaft und Politik und sind mit wachsender Unsicherheit im ganzen Land konfrontiert."

Als ein Ziel der Trockenzeit vom November bis Mai 1981 wird die Ausschaltung von 70.000 vietnamesischen Besatzersoldaten festgelegt, weiters wird zum festen Zusammenschluß um das Oberkommando aufgerufen, zu verstärkter politischer Bildung und Vervollkommung der technischen Seiten des Kampfes, zur Erfüllung der Monatspläne der Armeeeinheiten und zur besseren Anwendung der neuen strategischen Linie des Zusammenschlußes mit allen patriotischen Kräften für die Rettung des Vaterlandes und die Verteidigung des Volkes.(bo)

DEMOKRATISCHES KAMPUCHEA

GESAMTE VIETNAMESISCHE VERLUSTE WÄHREND DER REGENZEIT 1980
68.112 getötet bzw. verwundet.
In diesen Zahlen sind Verluste aufgrund von Desertationen und Seuchen nicht enthalten.
Stark umkämpft
Guerillakämpfe

Polen: Die entscheidenden Auseinandersetzungen stehen bevor

Die unabhängige Gewerkschaft Solidarnošč ist nach ihrem Statut registriert. Das ist ein großer Erfolg der polnischen Arbeiter. Die Androhung des Generalstreiks hat ihre Wirkung getan. Dennoch ist in Polen noch keine der wichtigen Auseinandersetzungen entschieden, denn die praktische Durchsetzung der Lohnerhöhungen, der verbesserten Arbeitsbedingungen, der politischen Rechte steht nach wie vor an.

Die jüngsten Streiks in einigen polnischen Städten (öffentliche Bedienstete in Posen, Krankenhauspersonal in Stettin), bei denen es um Lohnerhöhungen und um die Durchsetzung arbeitsrechtlicher Verbesserungen ging, weisen deutlich darauf hin, daß das Abkommen von Gdansk zwar ein Meilenstein beim Vormarsch der polnischen Arbeiterbewegung war, daß sich die Auseinandersetzungen jedoch immer mehr ausbreiten, daß überall neue arbeitsrechtliche und politische Vereinbarungen angestrebt werden. Aber auch das Gdansker Abkommen selbst ist noch lange nicht durchgesetzt:

Bis Ende November muß die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Zensur vorlegen. Ende November wird die Solidarnošč auch erstmals Sendezeit im polnischen Fernsehen erhalten. Die unabhängige Gewerkschaft fordert auch entsprechenden Platz in den wichtigsten Zeitungen.

Ebenso sind bis Dezember Gesetzesentwürfe zur Rentenreform sowie zur Beseitigung der Willkür unter der Privilegien von Polizei und Miliz vorzulegen. Die Fünftagewoche, eine Kernforderung der polnischen Arbeiter, muß bis Jahresende gesetzlich verankert sein. Auch muß bis dahin das neue Gewerkschaftsgesetz da sein, an dem auch Vertreter der neuen Gewerkschaft mitarbeiten. Hier wird es sicherlich wieder zu Auseinandersetzungen um die gewerkschaftlichen Rechte kommen.

Noch immer nicht registriert ist die unabhängige Bauern-Gewerkschaft, was auch Gegenstand der jüngsten Generalstreikdrohung gewesen ist. Auch die offizielle Anerkennung der am 26.10. gegründeten unabhängigen Vereinigung polnischer Studenten steht noch aus. Vertreter der 500.000 Studenten Polens aus 59 Universitäten und Hochschulen wählten in Warschau ein Gründungskomitee und betonten ihre enge Zusammenarbeit mit der unabhängigen Gewerkschaft.

WIDERSPRÜCHE INNERHALB DER REVISIONISTISCHEN PARTEI WERDEN SCHÄRFER

Innerhalb der polnischen revisionistischen Partei haben die Gegensätze zugenommen. Während die Regierung Kanias die Zusammenarbeit mit der neuen Gewerkschaft betont, gehen in den Zeitungen die Angriffe gegen "antisozialistische Kräfte" weiter. Aber dazu mehren sich jetzt auch die Stimmen, die vor einem einseitigen Einschießen gegen die "Antisozialisten" warnen und meinen, man müsse auch mit den allzu konservativen Parteimitgliedern eine ideologische Auseinandersetzung führen. Überhaupt hat die Arbeiterbewegung das offizielle politische Gefüge durcheinandergebracht Offenbar unter dem Druck der Unzufriedenheit des Volkes wurden die Parteisekretäre von Warschau und Lodz abgesetzt, ebenso eine Reihe von Funktionären auf unterer und mittlerer Ebene. Vier Minister wurden in der Vorwoche abgelöst. Es handelt sich um Zugeständnisse gegenüber dem Volk, die das weitere Absinken der polnischen Führer im Ansehen unter den Massen zwar nicht aufhalten, aber etwas bremsen können. Nach einer von westlichen Meinungsforschern durchgeführten Umfrage würden bei einer freien Wahl heute nicht mehr als drei Prozent die revisionistische Partei wählen!

Die Regierung beschloß in der Vorwoche einige wirtschaftliche Sofortmaßnahmen, die der Sowjetunion ebensowenig passen wie die jüngsten parteiinternen Debatten.

Fleisch wird demnach ab 1. Jänner 1981 rationiert, die Exporte gestoppt. Bei 45 Milliarden Schilling wird eine Investitionsgrenze gezogen, durch die 67 Projekte, darunter einige Kraftwerke, betroffen sind. Den einzelnen Unternehmungen werden größere Rechte in Investitions- und personalpolitischen Entscheidungen eingeräumt.

SOLIDARNOSC TRITT DER HETZE ENTGEGEN

Nach wie vor sind es die ostdeutschen und tschechischen Medien, die für die Sowjetunion die ideologische Hetzarbeit gegen die neue Gewerkschaft leisten. Nachdem der Generalstreik-Aufruf für den Fall einer falschen Gewerkschaftsregistrierung bekanntgeworden war, wurden die Gerüchte um sowjetische Truppenkonzentrationen und Manöver angeheizt, um das polnische Volk einzuschüchtern. Der Kompromiß zwischen Regierung und Gewerkschaft in der Frage der Registrierung hat für beide Teile einen Zeitgewinn gebracht. Von der Regierung verlangen die Kremlzaren allerdings harte Maßnahmen, die Kania aber nicht durchsetzen kann oder will. Für die Gewerkschaft bedeutet der Zeitgewinn bessere Möglichkeiten, sich auf eine sowjetische Invasion vorzubereiten. Lech Walesa rechnet zwar nicht unmittelbar mit einem sowjetischen Eingreifen, spricht aber von Vorkehrungen der Gewerkschaft für einen solchen Fall. Der Hetze, wie sie von der DDR- und CSSR-Presse kommt, trat er scharf entgegen: "Gerade diejenigen, die uns beraubt haben, uns in die heutige Lage gebracht haben und jetzt lautstark vom Sozialismus reden, sind antisozialistisch!"

Die Ausstrahlungskraft, die die polnische Arbeiterbewegung auf die Nachbarländer hat, hat nun auch bei den tschechischen Behörden zu Maßnahmen geführt: Nach der Grenze zur DDR ist nun auch die zur CSSR schwerer passierbar geworden. Husak mußte in der Vorwoche mährische Grubenarbeiter "beruhigen".(gm)

Rebellion in der vietnamesischen Besatzerarmee

Verschiedene Berichte weisen auf eine wachsende Aufstandsbewegung in der vietnamesischen Besatzerarmee hin. Es sind meist südvietnamesische Soldaten, die so dagegen auftreten, für die Interessen Hanois verheizt zu werden.

Zum Beispiel gab es bei einer Eisenbahnstation in der Provinz Takeo im Süden Kampucheas Auseinandersetzungen, weil sich nordvietnamesische Offiziere weigerten, Nahrungsmittel aus internationalen Hilfslieferungen auch an Südvietnamesen zu geben. Am 11. September wurden dabei zwei Offiziere getötet und einer verletzt und am 23. September fünf nordvietnamesische Soldaten verletzt. Am 24. 9. flohen 20 Südvietnamesen, nachdem sie zuvor im Sre Ambel-Bezirk (Südwesten) zwei nordvietnamesische Offiziere und neun Soldaten niedergeschossen hatten. Der Radiosender "Stimme des Demokratischen Kampuchea", von dem diese Angaben stammen, berichtete in der Zeit seither über eine Reihe ähnlicher lokaler Aufstände. Der Pressesprecher des thailändischen Oberkommandos bestätigte "Auseinandersetzung zwischen süd- und nordvietnamesischen Truppen, die zu zahlreichen Verlusten auf beiden Seiten führten." (Bangkok 'Post' 15. Oktober).

Die thailändische Zeitung Dao Siam berichtete, gestützt auf Flüchtlingsaussagen über eine militante Bewegung in Phnom Penh zwischen dem 3. und 5. Oktober, während der südvietnamesische Truppeneinheiten Wohnhäuser und öffentliche Gebäude zerstört sowie über 1000 Bewohner der Hauptstadt töteten oder verwundeten. Südvietnamesische Kommandanten hatten den südvietnamesischen Truppenteilen den Rückzug aus dem thailändischen Grenzgebiet und die Heimkehr angeordnet, was in Phnom Penh nordvietnamesische Offiziere verhindern wollten.

Der Süden Vietnams, in dem auch viele nationale Minderheiten leben, leidet noch mehr an Hunger und Unterdrückung als der Norden Daher besteht größerer Widerstand gegen die Rekrutierungen, nicht zuletzt auch dadurch mitbedingt, daß ganz Südvietnam seit 75 den Expansionismus der nordvietnamesischen Militärbürokratie verspürt. Le Duan hält Hetzreden gegen Saigon, das wie unter den Amerikanern ein "Sündenbabel" (Radio Hanoi) sei. Er nannte die Stadt "verseucht", "dekadent" und "ideologisch verlottert". Wahrscheinlich tragen auch die Deserteure, die in wachsender Zahl in die Heimat flüchten, das ihre bei zur Verbreitung von Ansichten, die das nordvietnamesische Preußentum anfaulen. Sogar Flugblätter werden verbreitet unter und von den vietnamesischen Soldaten in Kampuchea, was die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" Ende Oktober über 3 Orte in Kampuchea berichtete.

Die vietnamesische Besatzerarmee besteht, wie es der rassistischen Unterdrückerideologie entspricht, ausschließlich aus Vietnamesen. Kein Anzeichen der vielbeschworenen "Waffenbrüderschaft". Mehr noch: auch neben der vietnamesischen Armee gibt es "keine Anzeichen einer kambodschanischen Armee", hat die Neue Zürcher Zeitung am 12. November richtig vermerkt. Es gibt lediglich sogenannte "Selbstverteidigungsgarden" auf der Ebene der einzelnen Dörfer, die unter vietnamesischer Kontrolle stehen. Auch in diesen "Selbstverteidigungsgarden" gärt es und obwohl die Regierung des Demokratischen Kampuchea gebeten hat, keine isolierten Aufstände durchzuführen, um unnötige Menschenverluste zu vermeiden, können diese Dorfmilizen oft die vietnamesischen Brutalitäten nicht länger ertragen und rechnen mit der Waffe ab.(bo)

Der neue Kampucheakrieg

Der kanadische Journalist Stephen Orlov besuchte im Sommer dieses Jahres das Demokratische Kampuchea. Er war in zwei Partisanenlagern, Oddar Mean Chey im Norden und Phnom Malai im Westen des Landes, sprach mit Ministerpräsident Khieu Samphan und vier weiteren Ministern der Regierung des Demokratischen Kampuchea und traf auch Vertreter der Khmer Serei und Sihanouk-Anhänger. Dazu kamen Gespräche mit Flüchtlingen an der Grenze und mit ausländischen Journalisten, die ihm ihre Erfahrungen mitteilten. Im folgenden der erste Teil seines Berichts (leicht gekürzt, in eigener Übersetzung aus "Kampuchea Newsletter" 8/1980). Der zweite Teil wird in der nächsten Nummer des KLASSENKAMPF abgedruckt.

Das Bild von Kampuchea, das bei uns gezeichnet wird, stimmt: ein Land, das vor Hunger und Krankheit stöhnt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte habe ich mit eigenen Augen gesehen: Es ist der Krieg, der sich in diesem kleinen Land von einer Grenze zur anderen ausbreitet.

Am meisten überraschte mich die Stärke des Partisanenwiderstandes. Bevor ich abreiste, fühlte ich, daß sein Ziel, sich zu sammeln und zu konsolidieren, glaubhaft ist. Aber am Anfang hat der vietnamesisch-sowjetische Blitzkrieg, der am Weihnachtstag 1978 begann, die Partisanenarmee in der ersten Trockenzeit fast ausgerottet. Sie war wahrscheinlich in einer schlimmeren Lage als die chinesische Volksbefreiungsarmee, nachdem sie nach dem Langen Marsch in Yenan angekommen war. Sicherlich sind die übriggebliebenen Einheiten der Armee des Demokratischen Kampuchea zerstreut worden, kamen durcheinander und wurden voneinander abgeschnitten. Daher war es kaum zu glauben, daß es hier einen so schnellen Umschwung gegeben hat. Was ich selbst gesehen und von vielen Beobachtern gehört habe, scheint mir darauf hinzuweisen, daß sie an der militärischen Front einen strategischen Wendepunkt erreicht haben. Konkret heißt das, daß die vietnamesische Armee nicht mehr in der Lage ist, erfolgreiche Ausrottungsfeldzüge durchzuführen. Es gab drei erfolglose Versuche dieser Art in der vergangen Trockenperiode. Der kampucheanische Widerstand hat sich aus einem strategischen Rückzug und der Selbstverteidigung zu einem Partisanenkrieg entwickelt, der für den Feind ein Abnutzungskrieg wird.

Die Partisanenstreitkräfte (hauptsächlich des Demokratischen Kampuchea, aber auch zu einem gewissen Grad die Khmer Serei) sind heute in der Lage, ein Netz von Stützpunkten in einem Bogen vom Südwesten bis zum Nordosten des Landes aufzubauen. Die Führer des Demokratischen Kampuchea sagen, daß sie ein Gebiet mit 1,3 Millionen Kampucheanern kontrollieren. Eine Million entlang der Westgrenze mit Thailand. Hingegen sind die Gebiete im Norden äußerst dünn besiedelt. Das vietnamesische bzw. Phnom Penher Regime ist in diesen Gebieten nicht in der Lage, unterhalb der Bezirksebene die Kontrolle auszuüben. Offiziere des Demokratischen Kampuchea erzählten mir, daß die reguläre Armee vier Divisionen mit insgesamt 60.000 Mann hat. Dazu kommen 50.000 Bauern in Milizeinheiten. Die vietnamesische Besatzungsarmee zählt über 200.000 Mann.

Thiounn Mumm, Minister für Wissenschaft und Technologie, beschrieb mir die Aufgabe der örtlichen Milizen:

In den befreiten Gebieten schützen sie die Bevölkerung, verteidigen das Dorf und seine Landwirtschaft und sammeln Informationen über die Feindbewegung. Manchmal unterstützen sie die reguläre Armee bei Partisanenangriffen.

In den Gebieten unter vietnamesischer Kontrolle haben sie eine ähnliche Aufgabe - das Dorf zu schützen. Aber sie haben dort zwei Gesichter: Wenn die vietnamesischen Truppen untertags kommen, lächeln sie und versuchen möglichst viele Informationen zu sammeln. Am Abend bauen sie ein Netz politischer Organisationen auf. Sie arbeiten darauf hin, die Bedingungen für einen Dorfaufstand zu schaffen, sobald die Zeit dafür reif ist. Außerdem verstekken sie die Partisanen der regulären Armee.

Die Partisanen, die ich gesehen habe, sind gesünder und besser bewaffnet als vor einem Jahr. Sie haben hauptsächlich chinesische Waffen, aber auch einige erbeutete sowjetische. Von den Stützpunkten aus operieren sie in Gruppen von drei bis elf Mann hinter den



Eine Partisanin

feindlichen Linien, um Aktionen innerhalb der besetzten Gebiete durchzuführen. Sie können die vietnamesischen Einheiten von rückwärts und von den Flanken erfolgreich angreifen und schneiden ihnen ständig die Nachschublinien und die logistische Unterstützung ab.

Von Zeit zu Zeit vereinigen sich die Partisaneneinheiten zu einer größeren Aktion. Dreimal während dieses Sommers jagten die Partisanen des Demokratischen Kampuchea Züge in die Luft, die vietnamesische Truppen und Schwarzhändler von Phnom Penh nach Battambang transportieren sollten. Anfang September berichtete BBC von der Zerstörung von 35 km derselben Eisenbahnstrecke. Das heißt, daß 100.000 vietnamesische Soldaten im Westen vom Nachschub an Verpflegung, Waffen und Verstärkung abgeschnitten waren. Eine Zeit lang wird wahrscheinlich alles mit sowjetischen Jumbos eingeflogen werden müssen. Ebenso sprengten die Partisanen den Zug von Phnom Penh zur Hafenstadt Kompong Som im Süden in die Luft.

Korrespondenten aus Phnom Penh erzählten mir, daß Partisanen sogar die sowjetische und die vietnamesische Botschaft in der Hauptstadt am hellichten Tag mit Maschinengewehren beschossen hatten.

Kleinere Partisaneneinheiten sind, sobald sie ihren Stützpunkt verlassen, ganz auf sich allein gestellt. Dennoch stehen sie in engem Funkkontakt miteinander. Als ich in Oddar Mean Chey war, bat ich, einen anderen Stützpunkt besuchen zu dürfen. Sie sagten zu und funkten nach Phnom Malai, 150 km südwestlich. Sollte es mir gelingen, an den thailändischen Behörde vorbeizukommen, würde man mich erwarten. Mit Hilfe eines japanischen Freundes, der sich in der Gegend auskannte, gelang es mir, mich nach Phnom Malai durchzuschlagen. Plötzlich tauchten Partisanen aus dem Wald auf, aber sie hatten die Nachricht erhalten und erwarteten uns bereits. Anscheinend funktioniert der Funkkontakt gut.

Phnom Malai war während der vergangenen sechs Monate Schauplatz heftigster Kämpfe zwischen den Truppen des Demokratischen Kampuchea und Vietnams. Als ich nach Kanada zurückkehrte, las ich mit Erstaunen, daß die vietnamesischen Führer behaupteten, Phnom Malai am 25. Juli erobert zu haben. Ich war am 31. Juli in Phnom Malai gewesen, und damals hatten es die Kampucheaner vollständig unter ihrer Kontrolle.



Weg an die Front gegen die vietnamesischen Besatzer

Während meines Aufenthaltes in Phnom Malai, keine 10 km vom vietnamesischen Hauptstützpunkt dieses Gebietes entfernt, konnte ich vietnamesisches Artilleriefeuer um uns herum hören. Aber die Vietnamesen haben nicht genug Truppen, um uns mit Infanterieangriffen zu folgen. Manchmal setzen sie Truppen mit Hubschraubern an einem Punkt ab. Aber dann haben sie ernste logistische Probleme, sie mit Wasser, Verpflegung und Munition zu versorgen. LKW-Transport außerhalb der Hauptstraßen ist in der Regenzeit für sie unmöglich. Wenn sie es versuchen, werden sie von Partisanen angegriffen, die sich im dichten Dschungel leicht verstecken können. Die Vietnamesen können sich nur in großer Anzahl bewegen. Für kleinere Einheiten ist ein Ausschwärmen zu riskant.

Ausländische Korrespondenten bestätigen meist, was mir Khieu Samphan über die militärische Lage in den von den Vietnamesen kontrollierten Gebieten erzählte. Ich traf die amerikanische Reporterin Silvana Foa von UPI, die schon 1970 - 73 in Kampuchea war und dann das Land verlassen mußte, als sie die Rolle der amerikanischen Botschaft als Kommandozentrale für die Bombardements aufdeckte:

Es findet heute ein Partisanenkampf in genau demselben Ausmaß



Angehörige des Partisanenlagers roden den Dschungel

wie in der ersten Hälfte der 70er Jahre statt. Die Roten Khmer haben 55.000 aktive Partisanen im ganzen Land. Es gibt praktisch keine Provinz, in der sie nicht tätig sind. Das ganze Land ist ein Militärlager. Vietamesische Blockhäuser säumen etwa alle 10 km die Hauptverkehrsstraßen. Blockhäuser stehen an jeder Brükke und überall sind vietnamesische Tuppen. Ich geriet in einen Zusammenstoß auf der Straße Nr. 6 bei Siem Reap. Zivilisten wurden in einem Feuerwechsel zwischen Vietnamesen und Roten Khmer verwundet. Die Vietnamesen brachten ihre verwundeten Soldaten, nicht aber die verletzten Zivilisten in Sicherheit. Einige Kilometer weiter hatten die Partisanen eine wichtige Verbindungsbrücke zur Provinzhauptstadt Kompong Thom gesprengt. Die Verkehrsverbindung wurde vollständig unterbrochen, der vietnamesische Nachschub gestoppt. Das habe ich an einem einzigen Tag erlebt.

Sogar in Angkor Wat wird ein großer Teil des Tempelbezirks von den Partisanen kontrolliert. Die meisten Tempel kann man nicht besichtigen. Offiziell heißt es, sie seien nicht sicher. Die Leute aus den umliegenden Dörfern sagen, sie hören, wie dort gekämpft wird.

Die vietnamesische Präsenz in Phnom Penh ist stark, besonders auf wichtigen Plätzen, im Botschaftviertel usw. Eine beachtliche Präsenz: Man kann auf der Straße nicht spazieren gehen, ohne daß einem ein Vietnamese über den Weg läuft.

Wie Lon Nol, der Kopf der amerikanischen Marionettenregierung 1970 bis 1975, kontrollieren die Vietnamesen die Hauptstraßen und die Städte. Nach drei Uhr nachmittags hält man den Aufenthalt auf den Straßen für sehr gefährlich. Sogar die vietnamesischen Truppen müssen sich zum Großteil in ihre Kasernen zurückziehen, und die Straßen gehören wieder - wie damals - den Partisanen.

Einmal machte ich den Fehler, auf der Nationalstraße Nr. 5 nach drei Uhr abends zu fahren, als junge Partisanen auf meine Reifen schossen. Mit drei intakten Reifen fuhren wir drei Kilometer lang mit 120km/h und ruinierten einen Mercedes der Marionettenverwaltung. Die Beamten sprachen von einem heimtückischen Schlagloch...

Ich sah, wie sich in den Partisanenlagern ein kraftvolles und produktives Gemeinschaftsleben entwickelt. In beiden Gebieten rodeten die Dorfbewohner mit bloßen Händen den dichten Wald, bauten Hütten aus Bambus, Holzblöcken und mit Strohdächern, in ähnlicher Art wie in vielen Dörfern in Südostasien.

Andere Dorfbewohner knüpften Fischernetze, Matten und Körbe, alles aus Bambus. Die Hütten von Phnom Malai waren größer als die in Oddar Mean Chey. In beiden Lagern gab es Luftschutzbunker gleich neben den Hütten.

In Oddar Mean Chey sagte man mir, produzieren die Leute die Hälfte der nötigen Lebensmittel selbst. Die großen Felder ringsum waren der kräftige Beweis für diese Behauptung. Es gibt eine beachtliche Vielfalt an Früchten: Korn, Tapioka, Bambussprossen, Kürbis, Paradeiser, Pfeffer, Erbsen, Bananen und etwas Tabak. Die Familien leben und essen in der eigenen Hütte: lieber als in Schlafsälen oder Kantinen.

Obwohl Phnom Malai nahe einem wichtigen vietnamesischen Stützpunkt liegt, produzieren auch die Bewohner dieses Lagers so 20% ihre Lebensmittel selbst.

Die meisten Kinder sehen gesund aus: klare Augen und gesunde Gesichtsfarbe! Aber es gibt auch Kinder, die braune Strähnen im sonst schwarzen Haar haben, ein Zeichen von Vitaminmangel. Zweimal am Tag essen sie: um 6 in der Früh und um 4 Uhr abends.

Ich spürte eine Entschlossenheit bei diesen Dorfbewohnern, die im Gegensatz zur Hoffnungslosigkeit vieler Flüchtlingslager steht. Niemand kam mit Tränen in den Augen und mit offenen Händen um ein Almosen bittend zu uns. Sie trauern der Vergangenheit nicht nach. Sie reden von der Gegenwart - vom Widerstand gegen die vietnamesische Armee, und sie sprechen von der Zukunft - wenn die Unabhängigkeit erreicht sein wird.

Ihre Würde und ihr Stolz zeigte sich besonders deutlich bei einer Kulturveranstaltung der Kinder, der ich in Phnom Malai beiwohnte. Ihre Musikinstrumente, alle selbstgemacht (das Holz war noch grün), reichten von der traditionellen Takay und Violine zu Kokosnußschalen, Zinngefäßen, Bambusklappern und Trommeln. Während ein sechsköpfiger Chor sang, führten ein paar Dutzend Burschen und Mädchen zwei Stunden hindurch verschiedene Tänze auf: Thema: die vietnamesische Besatzerarmee im bewaffneten Kampf schlagen, den Hunger durch Saat und Ernte bekämpfen!

Miklos Haraszti

Stücklohn

Miklos Haraszti, geboren 1945, studierte in Budapest Philosophie und Literaturwissenschaft. Wegen Mitarbeit in einem "Solidaritätskomitee Vietnam" im Jahr 1966 und verschiedener literarischer Arbeiten wurde er 1970 vom Studium ausgeschlossen. Danach arbeitete er in mehreren Betrieben, unter anderem in der Traktorenfabrik "Roter Stern". Über seine Erfahrungen dort schrieb er das Buch "Stücklohn", aus dem wir hier einen Auszug bringen. Für die "illegale Verbreitung" des Manuskripts wurde er 1974 zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt und steht seither ständig unter Polizeiaufsicht. Das Buch konnte erst 1976 im Westen erscheinen.

Mit den Kalkulatoren habe ich selten zu tun, ihre Abteilung ist in einem Bürogebäude. Von denen, die um mich herum arbeiten, ist noch nie einer dort gewesen. Sie erscheinen in der Werkstatt nur, wenn "was ist". Dieser Ausdruck erinnert einen stark an den Wortgebrauch von Schlägertypen, die vor dem Austeilen einiger größerer Ohrfeigen kampflustig die provokante Frage stellen: "Ist was?"

Das unerwartete Erscheinen der Kalkulatoren ist immer ein schlechtes Zeichen. Es weist darauf hin, daß bei einem Werkstück die Zeit neu gestoppt oder ein neuer Apparat ausprobiert werden soll. Es geht in jedem Fall um unseren Stücklohn, und sie sind nicht gekommen, um ihn zu erhöhen.

Manchmal werden sie auch wegen einer Reklamation gerufen; aber das ist keine sogenannte Normüberprüfung, dazu müssen sie nicht in die Werkstatt herunterkommen. Die Normüberprüfung ist nichts anderes, als daß sie von Zeit zu Zeit (im großen und ganzen jährlich) die Stückzeiten der meisten Arbeiter herabsetzen. Das ist eine saubere, schöne Arbeit ohne Auseinandersetzungen, man braucht dazu nicht den übelkeiterregenden Geruch des Rapsöls einzuatmen, dem Regen der Spanfunken auszuweichen, die "verständnislosen" Bemerkungen und Grobheiten der Arbeiter zu ertragen.

Die Maschinenarbeiter reklamieren sehr selten in Normangelegenheiten. Solange es eine letzte Chance zum Raub gibt, an der Grenze des Qualitätsverlusts und der Gefährdung der eigenen Gesundheit, solange sagen sie dem Werkmeister nicht, er solle mal den Kalkulator rufen. Der Grund dafür ist die Erfahrung, daß auf eine erfolgreiche Reklamation unweigerlich die Herabsetzung der Zeit für andere Stücke folgt.

Über die Prinzipien der Normbildung hat zwar nie jemand die Arbeiter der Werkstatt aufgeklärt, aber einige dieser Prinzipien sind ihnen durch ihre eigene Erfahrung klar geworden. Die auf die erfolgreiche Reklamation folgende schnelle Vergeltung werten die wenigsten als persönliche Rache. Sie sind sich darüber im klaren, daß die Kalkulatoren die Stücklöhne an irgendeinen Durchschnitt anpassen, und daher folgt auf eine erzwungene Normverbesserung die Verschlechterung anderer Normen, sogar noch vor der allgemeinen Normüberprüfung. Das Wesen dieses Durchschnitts ist jedoch gänzlich unerforschbar. "So ist es für die gerecht", meint mein Nachbar.

Die Kalkulatoren selbst verlieren kein Wort über ihre Prinzipien. "Wenn du sie drum bittest, ein Stück von dir zu stoppen, dann werden sie sauer und sagen gleich, natürlich, die Zeiten deiner anderen Stücke sind dir viel zu gut, davon sagst du kein Wort."

Trotzdem kommt es manchmal vor, daß jemand die Kalkulatoren rufen und eine Arbeit stoppen läßt. Er läßt sich in dieses – langfristig sicher zum Scheitern verurteilte – Abenteuer ein, weil ein bestimmtes Stück in großen Mengen an seine Maschine kommt und seinen Monatsverdienst zu stark beeinflußt.

Der Werkmeister versucht zuerst, den Arbeitern die Überprüfung auszureden, manchmal sogar mit Erfolg. Er verspricht ihnen zum Beispiel, daß er ihnen statt einer mittelmäßig bis schlechten Arbeit eine gute zukommen läßt. Er mag die Besuche der Kalkulatoren nicht, weil das immer Spannung in der Werkstatt erzeugt, es verdrängt die neutralen Gesprächsthemen und ermutigt die sich vorsichtig Beschwerenden.

Wenn der Kalkulator endlich erscheint und dem Reklamierenden die Hand schüttelt, beginnt ein verzwacktes Kriegsspiel.

Der Arbeiter, der den Kalkulator holen ließ, hat zu wenig Geld. Aber wenn er sich mit dem Kalkulator unterhält, spielt die Frage des Geldes keine Rolle mehr. Die nackten Zahlen (die Stückzeiten) erwachen zum Leben, beide Seiten tun so, als ginge es ihnen nur um die reine, interessenfreie Wahrheit; die Debatte dreht sich um Zehntelminuten.

Das Vorgehen des Kalkulators ist scheinbar korrekt. Er mißt nicht die Bearbeitungszeit eines Stückes, er läßt zehn, zwanzig, dreißig Stück auf der Maschine bearbeiten, nachher nimmt er den Druchschnitt. Bloß hat er die Stoppuhr bei jeder Bewegung, die er für überflüssig hielt, abgestellt, manchmal auch dann, so aufs Geratewohl, wenn ihm die Arbeit zu langsam vorkam. Zu der gemessenen Zeit rechnet er die Vorbereitungen, das Holen der Zeichnung, des Werkzeugs, die Einrichtung überhaupt nicht hinzu, geschweige denn die unvermeidlichen Ausfälle von unvorhergesehener Länge, die Kontrolle, die Verhandlungen mit dem Werkmeister.

Natürlich hat auch der Reklamierende seine Tricks. Der beste dieser Tricks ist, daß er die technologische Vorschrift einhält, die Maschine mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit bewegt, die Sicherheitsvorschriften beachtet, bei laufender Maschine den Tisch nicht berührt, alle Schrauben festzieht, die Späne nach jedem Stück wegfegt. So weit geht er allerdings nicht, eine Schutzbrille vom Werkmeister zu verlangen; einen Plexiglas-Gesichtsschutz hat noch niemand hier gesehen. Eine solche Bitte würde wie die Ankündigung eines Sabotagevorhabens klingen.

Man kann auch nicht sagen, daß er langsam arbeitet (er würde sich schämen, wenn der Kalkulator oder der neben dem Kalkulator stehende Werkmeister ihn ermahnen würde), aber er hetzt nicht in dem wahnsinnigen Tempo, mit dem er Geld verdient. Er arbeitet, wie er immer arbeiten möchte.

Das alles rührt den Kalkulator nicht. Er drückt gnadenlos auf die Stoppuhr, wenn er es für richtig hält, wenn der Stückwechsel ihm zu langsam erscheint, läßt er jeden dritten aus. Die Zeit auf seiner Stoppuhr ist immer kürzer als die auf der Werkstattuhr. Umsonst überzeugt er sich davon, daß das Stück genau mit den durch die Kontrolle angegebenen Geschwindigkeiten angefertigt wird: er weiß, daß das übliche Arbeitstempo immer schneller ist, als was er zu sehen bekommt, und das reicht ihm.

"Mit denen zu reden nützt nichts, die sagen sich: jetzt bist du langsam wie ein Faultier, aber wenn ich nicht da bin, bist du flink wie ein Wiesel. Und recht haben sie, sie brauchen keinen Schritt aus ihrem Büro zu tun, nur mein Geld zu addieren, und sie sehen, daß ich in einer Stunde manchmal sogar zwei Normstunden produziere. Im letzten Monat hatte ich Wochen, in denen ich jeden Tag 800 Minuten verrechnet habe. Wie soll ich denen in die Augen blicken, solange ich so ranklotzen muß, damit das Geld stimmt", sagt ein Fräser.

Wenn der Kalkulator von einem Arbeiter gerufen wird, wird die Stückzeit meistens auf dem nach einigen Tagen erscheinenden Geldpapier erhöht. Das ist kein Zufall, da die Reklamierenden auf Nummer sicher gehen. Aus einer Reihe von Stücken mit schlechter, unerfüllbarer Norm haben sie das eine, das sie vorführen, ausgewählt. Der Nutzen des kleinen Erfolgs verschwindet bald, aber die Wut, mit der sie den Kalkulator holen ließen, ist abreagiert.

Dasselbe spielt sich ab, nur mit entgegengesetztem Ergebnis und öfter, wenn die Kalkulatoren von sich aus in die Werkstatt kommen, zum Beispiel, um einen neuentworfenen Auffangapparat auszuprobieren. Mit Hilfe des Werkmeisters wählen sie den erfahrensten Arbeiter unter denen aus, die das betreffende Stück schon mal gemacht haben. Sie lassen ihn seine Arbeit unterbrechen, der Werkmeister verspricht ihm Ersatzlohn für das Ausprobieren des Apparats. Man kann nicht behaupten, daß die Ankündigung besonders freundlich aufgenommen würde. Der neue Apparat bedeutet, daß der Stücklohn sinken wird, und der Kampf geht jetzt darum, die Reduktion möglichst gering zu halten.

Nicht mal dem zur Probe herangezogenen Arbeiter wird mitgeteilt, welches Maß an Reduktion erreicht werden soll – einmal weil es ihn nichts angeht, zum anderen, weil die oben in ihrem Büro, in der geheimnisvollen Küche der Wirtschaftlichkeit, das Ergebnis nachher noch so verändern, wie sie es haben wollen. Wenn sie beim Stoppen das Endergebnis mitteilen würden, könnte das irgendeine Art der Kontrolle der Arbeiter ermöglichen, die das gegebene Stück produzieren werden.

Der Ablöser von M. mußte einmal einen neuen Apparat testen. Ihm wurde gesagt, daß die Stückzeit nicht reduziert werden sollte. "Ich hätte es erraten können, was sie vorhatten, die haben schon so schief geguckt. Nach zwei Tagen kam das Papier runter: das Stück wurde auf zwei Maschinen umgestellt. Ich war so wütend, daß der Werkmeister mich nach Hause schicken wollte, dabei hatte ich keinen Schluck getrunken."

In der Tat, er hätte es sich schon denken können, was sie wollten, denn die Kalkulatoren betrachten die halbe Stückzeit und den halben Stücklohn bei Stücken "für zwei Maschinen" nicht als Verschlechterung. Zumindest sagen sie das. Und dabei zeigen sie auf die andere Maschine: "Sie können auch an der arbeiten, solange die läuft."

Wenn es sie interessieren würde, könnten sie sich übrigens bei solchen Messungen davon überzeugen, daß das Zwei-Maschinen-System nur in den seltensten Fällen die reibungslose Kombination erlaubt. Und selbst wenn diese möglich wäre, würden wir doppelte Arbeit für den Lohn eines Stückes leisten – reibungslos. Aber das kümmert sie nicht im geringsten: die Normen für Zwei-Maschinen-Stücke werden an einer Maschine gestoppt, die Arbeit an der anderen Maschine denken sie sich hinzu.

Im offiziellen Namen der Norm-Abteilungen ist das Wort Norm nicht enthalten. "Technologie" oder "Produktionstechnologie", so ähnlich heißen sie. Damit soll ausgedrückt werden, daß ihre Arbeit rein technischer Art und ein unerläßlicher Bestandteil der Produktion ist. In der Tat, sie zerteilen die Aufgaben der riesigen Fabrik in tausend einzelne Handbewegungen, denn nach ihrer Meinung besteht ihre Aufgabe darin, den besten und rationellsten Produktionsablauf zu gewährleisten. In Wirklichkeit bedeutet das, daß sie die den größten Nutzen sichernde Methode erarbeiten müssen; die technische Lösung, die sie wählen, ist dem Ziel untergeordnet: jeder Arbeiter soll an jeder Maschine für den kleinstmöglichen Lohn die größtmögliche Leistung erbringen. Sie müssen eine Technologie finden, mit deren Hilfe die Löhne der einzelnen und die Löhne insgesamt auf dem vorher angegebenen wirtschaftlichen Niveau zu halten sind. Wenn sie die Entstehung des Produkts in Operationen und Bewegungen zerstückeln, schwebt ihnen nicht nur die optimale Ausnutzung der Maschinen und größtmögliche Materialersparnis vor, sondern auch die billigste und wirksamste Ausnutzung der Maschinenarbeiter. Unser Lohn soll an die auszuführende Bewegung und unsere Gedanken sollen an den Lohn gebunden sein; der Gedanke muß so programmiert sein, daß er, voller produktiver Spannung, zwischen Zufriedenheit und dem Zwang, morgen wieder anfangen zu müssen, schwankt. Die Technologie muß so geplant werden, daß sie ihre Vollstrecker zu ihren Dienern und Feinden macht.

Die Normtechnologie ist die Technologie des Wunders: sie bringt aus der Arbeit von Menschen, die nur ein einziges Teil kennen, ein Ganzes zustande; sie läßt ein sinnvolles Produkt aus der Arbeit von Menschen entstehen, die weder den Sinn des Produkts noch den Sinn ihrer eigenen Arbeit kennen; ihr einziges Ziel ist, ihren Lebenunterhalt zu verdienen. In wachsender Quantität bringt die Technologie Qualität zustande aus der Arbeit von Menschen, die mit der Qualität verfeindet sind, für die die Quantität eine Qual ist; die läßt sich von Menschen akzeptieren, die sie weder kennen noch mögen, aber ihre Reproduktionskosten produzieren.

Wer seine Zeit, seine Kraft, seine Fähigkeiten für Lohn verkauft hat, für Stücklohn oder für eine durchschaubare Form des Lohns, der weiß, daß er nicht für sich arbeitet. Er weiß, daß er auch das Recht darauf verkauft hat, seine Leistung zu bestimmen. Die Norm ist nur die reine Essenz jener zwischenmenschlichen Beziehung, die die Soziologie als die Produktionsverhältnisse der Lohnarbeit bezeichnet. Der Lohn kann unter glücklichen Bedingungen großzügig oder angemessen sein, die Norm nie. Die Norm ist der kaum verhohlene Zwang innerhalb der scheinbaren Freiwilligkeit der Lohnarbeit und erinnert die vom gerechten Lohn Träumenden immer an den wahren Charakter des Lohnarbeitsverhältnisses. Auch dann, wenn wir wegen der fortwährenden Gefährdung unserer Reproduktion "freiwillig" für immer größere Leistungen den Weg bahnen. Die Norm ist ein unverschämtes, zynisches Bekenntnis: wer sie einsetzt, hat kein Interesse daran, daß die Produktion aus dem positiven Willen der Arbeiter wächst.

Gerulf Pannach

Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!

Nun bist du BGL-er beim VEB-Holz
Und hoffentlich nicht, wie dein Vorgänger war.
Jetzt wird der Betriebsleiter nicht mehr so stolz
zu Arbeitern sprechen wie Väterchen Zar.
Wir haben dich ja gewählt aus unserer Reih.
He, Kumpel, wieso gehts du an uns vorbei?
Du sagst, mit dem Amt kann man nicht durch die Wand
Das hättest Du als BGL-er erkannt.

Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!
Vor jedem höhern Posten
Mann, auf unsre Kosten
mußt du doch kein Männchen baun!
Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!

Du gabst uns dein Wort, FDJ-Sekretär
Nun werden doch endlich mal dreister!
Für Lehrlinge keine Akkordarbeit mehr
Mit Prämien für ihre Lehrmeister!
Und Schluß mit dem Lehrmeisterfeldwebelton!
He Kumpel, wieso läufst du uns jetzt davon?
Du sagst uns, du wärst nicht der liebe Gott.
Und zum Schrottsammeln da – wäre die FDJ.

Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!
Vor jedem höhern Posten
Mann, auf unsre Kosten
Mußt du doch kein Männchen baun!
Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!

Und du, Stubenältesteter bei der Armee
Sie holten dich im sechsundzwanzigsten Jahr.
Komm, kämpfen wir an gegen unser Heimweh
Und daß man kein Schwein wird, auch nicht als EK
Und daß wir gehorchen nicht, blind, ohne Hirn.
Genosse, wieso zeigst du an deine Stirn?
Du sagst uns, ein jeder sei sich selbst der nächste
Und der klügste Soldat wäre geistig der trägste.

Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!
Vor jedem höhern Posten
Mann, auf unsre Kosten
Mußt du doch kein Männchen baun!
Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!

Wir kennen dich tausendmal, das ist kein Glück.
Du bist ja erzogen zum Untertan
Der nach unten tritt und nach oben sich bückt.
Wir kennen dich nicht erst seit Heinrich Mann
Und sehen doch meistens zu spät, wie du geil
Den Aufstieg versuchst am sicheren Seil
Der Vorgesetzten, die heimlich johlen
Daß wir d i c h wählten, um sie auf die Erde zu holen.

Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!
Auf deinem höhern Posten
Mann, auf unsre Kosten
mußt du dir kein Häuschen baun!
Vertrauensmann, ach du verkaufst unser Vertraun!

ANMERKUNGEN:

BGL: Betriebsgewerkschaftsleitung. VEB: "Volkseigener Betrieb".
FDJ: "Freie Deutsche Jugend". EK: Entlassungskandidat (Abrüster).